

Volksstimme

Erzinst... und Festtage. Bezugspreis: 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post... unter Streifenband 2,50 Pf. Klagen... Abnahme... 6 Pf. Kellern... 70 Pf. — Schluss... Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telefon 4719. Postfachkonto: Breslau 544, Medallastr. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telefon Ring 8837. Erscheinungstermin: von 12-13, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 20. Telefon 1086. Grotzsch: Lütlich 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schell, Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — Druck: „Reinhold“ Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Krediteinheitsfront gegen Rußland?

Hege der Industrie in Berlin und Paris

(Eig. Drahtb.) Berlin, 26. Januar.
Mit der Ankunft des neuen sowjetrussischen Botschafters in Paris, Domagala, wird die Frage der russisch-französischen Finanzverhandlungen wieder akut. Der Ausgangspunkt dieser Verhandlungen soll das letzte Angebot der Sowjetunion auf teilweise Anerkennung der Vorkriegsschulden gegen Gewährung eines Handelskredit in Höhe von 125 Millionen Dollar sein.
Nunmehr kommen aus Paris Meldungen, daß dortige Wirtschaftskreise bestrebt sind, sich mit Deutschland über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Finanzierung des Exports nach Rußland zu einigen. Darüber sei bereits Mitte November zwischen Stresemann und dem französischen Botschafter in Berlin, de Marguerie, gesprochen worden. Das Schreiben geht dahin, in der sowjetrussischen Kreditfrage eine einheitliche Politik aller westeuropäischen Staaten durchzuführen.
Zu gleicher Zeit beginnt auch in Berlin eine unterirdische Hege gegen die Sowjetregierung. Die deutschen Rußlandgläubiger der Vorkriegszeit haben dem Reichstag eine Denkschrift eingereicht, in der sie Entschädigung fordern. In der bürgerlichen Presse wird außerdem scharf Stellung genommen gegen das „schlechte russengeschäft“. Der 300-Millionen-Kredit „sei zum Fenster hinausgeworfen“.

Das Zusammentreffen dieser gegen die Kreditpläne der Sowjetunion gerichteten Vorkämpfe ist nur scheinbar zufällig. Die Väter der einheitlichen Aktion sind hinter den Kulissen zu erkennen, auch wenn sie sich bemühen, nicht in Erscheinung zu treten. Um wen handelt es sich? Zunächst um einflussreiche Kreise der Fertigungsindustrie aller Länder, die feststellen, daß die Sowjetregierung die erlangten Kredite ganz planmäßig zum Einkauf von Produktionsmitteln, von Maschinen, das heißt zum Ausbau der Sowjetindustrie benutzt. Die Fertigungsindustrie befürchtet mit Recht, daß die Kredite in ihren Auswirkungen die Sowjetunion einmal völlig unabhängig von industrieller Einfuhr machen werden. Daneben richtet sich der Widerstand dieser Kreise auch gegen das Außenhandelsmonopol. Sie beklagen sich darüber, daß sie nicht mit dem „russischen Käufer“, sondern nur mit der „Staatsmaschine“ in Verbindung kommen. Diese Kreise der Fertigungsindustrie stehen hinter dem Vorstoß der sogenannten deutschen „Rußlandgeschädigten“, die zwar heute nur über die Kriegsschäden reden, aber bestimmt auf die Schäden durch die Sowjet-Gesetzgebung (!) hinarbeiten.

Das Organ der Sowjetregierung, die „Iswestija“, weist aber noch auf andere Hintermänner dieser Treibereien. Es erinnert daran, daß der deutsche Fertigungsindustrie die Banken Reichardt und Mendelssohn nahe stehen, die ihrerseits wieder mit dem Dekönig Deterding zusammenhängen.

Die in obigen Meldungen angelegten Bestrebungen auf Schaffung einer Kreditfront gegen die Sowjetunion haben sehr ernsten Charakter. Sie sind nicht nur ein Konkurrenzmanöver gegen die ersten Versuche amerikanischer Banken mit russischen Krediten, sondern politische Schritte, die von großen Auswirkungen sein können. Die finanzielle, die wirtschaftliche Einheitsfront der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion wäre eine tragbare Basis der politisch-militärischen. Daß sie heute bereits diskutiert wird, sogar ernsthaft diskutiert wird, ist ein Gefahrensignal!

Die Klassenjustiz vor dem Reichstag

(Eig. Drahtb.) Berlin, 25. Januar.
Zur Begründung des Justizetat spricht Reichsjustizminister Hergt darüber, ob zuviel oder zuwenig Gesetze gemacht worden seien. Von einer Verzuhrskrise der Justiz könne nicht die Rede sein. (!) Die Politik werde durch die öffentliche Debatte erst in die Justiz hineingetragen. (!) Die Zahl der Strafverurteilungen wegen Hoch- und Landesverrat sei in den letzten Jahren stark zurückgegangen. 1927 sind deswegen 845 Inzidenz erkrankt worden, zur Anklageerhebung kam es nur (!) in 19 Fällen.
Landsberg (SPD.) führt verschiedene Fälle des Mißtrauens der Klassenjustiz an, unter denen sich Urteilsbegründungen des Reichsgerichts befinden, die zeigen, daß dieses oberste Gericht der deutschen Bourgeoisie die Verfolgung der kommunistischen Bewegung als seine wichtigste Aufgabe betrachtet. Die Schädigung des Verfahrens gegen den kommunistischen Redakteur Rauf selbst bei den Demokraten lebhafteste Entrüstung hervor. Bei der Behandlung der Diktaturbestrebungen des Justizrats Elaf hält Landsberg unter lebhaftem „Bravo“ der Sozialdemokraten
eine Lobrede auf die Verfassungstreue Hindenburgs.
Ein Kommunist, der nur einen kleinen Teil von dem getan hätte, was

zu dem getan hätte, hätte sich für die nächsten Jahre nicht um Quartier zu bemühen brauchen.
Reichsjustizminister Hergt erklärt zur Kritik der Rechtsprechung, es sei unmöglich, im Reichstag einige Urteile und ihre Begründung zu besprechen. (Stürmischer Widerspruch, Zwischenrufe der Kommunisten.)
Aus den Akten des von Landsberg vorgetragenen Falles aus Hannover, wo die Maschinen einer kommunistischen Druckerei unbrauchbar gemacht worden sind, ist zu ersehen, daß dies auf Anordnung des Oberpräsidenten Nolke geschah. (Hört, hört!)
Hergt hält eine begeisterte Verteidigungsrede für den Stahlhelmführer Düsterberg und geht auf die Frage des § 48 ein. Als ihm zugerufen wird, er solle seine Stellung dazu äußern, erklärt dieser parlamentarische Justizminister: „Ich halte es nicht für nötig, zu antworten!“ (Starker Widerspruch.)
Lohmann (Dr.): Gerade im demokratischen Staate muß die Unabhängigkeit der Richter als Gegengewicht bestehen. Er verteidigt den Oberstaatsanwalt und Riedner. Zum Schluss verlangt er Amnestie für die Rechtsverbrecher.

Hirtiefers „Wohlfahrtspflege“

(Eig. Drahtb.) Berlin, 25. Januar.
Im Haushaltsausschuß des Preussischen Landtags wurde am Dienstagabend der Abschnitt „Allgemeine Volkswohlfahrt“ des Hirtiefer-Stats verabschiedet. Der preussische Senat gibt für das gesamte große Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege nur 42270213 Mark aus. Darin sind eine Reihe von durchlaufenden Posten enthalten.
Eine Reihe kommunistischer Anträge zugunsten der Wohlfahrtsempfänger und der Erwerbslosen wurden von den Bürgerlichen, einschließlicher der SPD., abgelehnt. Genosse Gehrman unterzog den Wohlfahrtsetat einer vernichtenden Kritik.

Marth verhaftet!

II. Paris, 25. Januar. Der von der Polizei schon seit Wochen gesuchte kommunistische Abgeordnete Marth ist im Laufe einer Razzia im Bois de Boulogne von der Polizei verhaftet und in das Gefängnis überführt worden, wo er noch mehrere Monate wegen Pressevergehens abzusitzen hat.

Sozialistische Regierung für Norwegen?

II. Oslo, 25. Januar. Die norwegische Ministerkrise hat gestern insofern eine sensationelle Wendung genommen, als der Führer der Arbeiterpartei im Storting, Alfred Nafsen, sich gegenüber dem König bereit erklärt hat, im Namen der Arbeiterpartei die Regierungsbildung zu übernehmen. Gestern Abend fand eine Sitzung der Zentralleitung der Arbeiterpartei statt, in der über die Zusammenfügung des Kabinetts beraten wurde. Das Organ der Arbeiterpartei, „Arbeiderbladet“ erklärte, daß es sich nicht um eine Regierung des Burgfriedens, sondern um eine Kampfregierung handeln werde. (Unter dem Protektorat des Königs!! Die Redaktion.)
Der für den Posten des Ministerpräsidenten ausgerechnete Vizepräsident des Storting, Hornsrud, ist gestern vom König in Audienz empfangen worden. Wie verlautet, soll die endgültige Liste bereits im Laufe des heutigen Tages fertig vorliegen.

Vom Tage

Nach fünf Tage langer Debatte wurde die Generaldiskussion über das Kriegsschadenschlussgesetz im Reichstagsausschuß weiter verschleppt, die Bürgerblockparteien lehnten sämtliche kommunistischen Änderungsanträge zugunsten der Kriegsgeschädigten ab.
Bei der Beratung des § 1 des Kleinrentner-Versorgungsgesetzes lehnte der sozialpolitische Ausschuß mit 17 gegen 7 Stimmen die von der Regierung festgelegte Vermögensgrenze von 10000 Mark ab. Die Regierung verhielt sich vollständig passiv.
Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages trat gestern in die Einzelberatung des Schenkstättengesetzes. Alle kommunistischen und sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge wurden von der Bürgerblockmehrheit abgelehnt.
Nachdem nun tausend Mann amerikanischer Marineinfanterie in Alcatraz eingetroffen sind, konnte der Hauptstützpunkt Sardinia, El Chipote, von den Amerikanern eingenommen werden.

Die Verwirklichung des Siebenstundentages in der USSR.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Moskau, Mitte Januar.
Der 16. Januar 1928 wird ein denkwürdiger Tag in der Geschichte der russischen Revolution im besonderen und der internationalen Arbeiterbewegung im allgemeinen sein.
Der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und die Lebenslage der Arbeiterklasse ist mit dem heutigen Tage in ein neues Stadium getreten. Während in allen kapitalistischen Ländern der Arbeitstag unter Mithilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Parteien verlängert wird, während in Deutschland der Achtstundentag, diese stolze „Errungenschaft“ der Novemberrevolution, schon längst dem Keim-, Zehn- und Elfstundentag hat Platz machen müssen, beginnt mit dem heutigen Tage die USSR, unter Führung ihrer kommunistischen Partei und unter Mitwirkung der revolutionären Gewerkschaften, die Umstellung der Industrie auf den Siebenstundentag praktisch in Angriff zu nehmen.
Als erste „Rate“ auf das Jubiläumsfest der Sowjetregierung wird heute ab in 14 Textilfabriken mit insgesamt 78000 Textilarbeitern nur sieben Stunden gearbeitet werden. Weitere Textilfabriken, Betriebe der Metall- und elektrotechnischen Industrie, Holz- und Bauarbeiter, Arbeiter der Lebensmittelbranche, des Transportwesens, der Straßenbahn, Wasserleitung, Kanalisation usw. folgen in den nächsten Wochen und Monaten.
Nach dem Jubiläumsmanifest muß bekanntlich der Siebenstundentag als gesetzlich zulässige Maximalarbeitszeit im Laufe der allernächsten Jahre vollständig im Gesamtmaßstabe der USSR durchgeführt sein. Die Opposition nahm diese Ankündigung damals zum Anlaß demagogischer Angriffe gegen das bolschewistische Z.A. und behauptete, daß der „radikalen Geiste“ des Siebenstundentages keine praktische Maßnahmen folgen würden und aus wirtschaftlichen Gründen auch nicht folgen könnten; außerdem behauptete die Opposition, daß die Parteimehrheit „nur zur unrentlichen Zeit“ eine ihrer eigenen Oppositionsforderungen übernommen habe. Die russische Arbeiterschaft scherte sich aber weder um die eine noch die andere demagogische Behauptung, sie zeigte dem ganzen oppositionellen Verwirrungsmanöver die „kalte Schulter“ und trat ruhig und zielbewußt die Vorbereitung zur Umstellung auf den Siebenstundentag.

Auf Grund der Richtlinien der Sowjetregierung mußten in allen Betrieben erst gewisse Voraussetzungen geschaffen werden, bevor der Siebenstundentag verwirklicht werden konnte. Die Rationalisierung der Betriebe, die fortschreitende Mechanisierung des Arbeitsprozesses ist selbstverständlich eine der wichtigsten Voraussetzungen, aber durchaus nicht die einzige. Die Umstellung auf den Siebenstundentag ist an folgende Hauptbedingungen geknüpft: Verbeibehaltung und dann Erhöhung des achtstündigen Arbeitslohnes bei siebenstündiger Arbeit; Verbeibehaltung und dann Senkung des Selbstkostenpreises der Produktion.
Da die Textilindustrie in der USSR technisch am modernsten eingerichtet ist, kam sie in erster Linie zur Einführung des Siebenstundentages in Frage. Doch infolge obengenannter Bedingungen erwies es sich als notwendig, gleichzeitig vom Zweischichtensystem zum Dreischichtensystem überzugehen. Das erforderte aber in bedeutendem Maße eine größere Zufuhr von Rohstoffen und Bereitstellung an Mitteln. Ferner wurde die Heranziehung von Arbeitskräften notwendig. Auch diese Frage war nicht so einfach zu lösen. In der USSR sind nur verhältnismäßig wenig qualifizierte Arbeitskräfte erwerbslos, und es mußten unqualifizierte Schwarzarbeiter in besonderen, meist sechs Monate dauernden Kursen qualifiziert bzw. qualifizierte Arbeiter aus überfüllten Arbeiterkategorien in solchen Kursen „umqualifiziert“ werden.
Allein für die 14 Textilfabriken, die ab 16. Januar den Siebenstunden-Arbeitstag eingeführt haben, waren für die dritte Schicht 17785 neue Textilarbeiter erforderlich. Nur etwa 6500 davon konnten aus den Fabriken selbst gestellt werden, das heißt aus den Arbeitskräften, die infolge der Rationali-

Herabsetzung der Löhne in der betreffenden Fabrik oder in den benachbarten Textilbetrieben „ausgespart“ waren. Die übrigen 11 000 Arbeiter müssen aus den erwerbslosen Familienangehörigen der Fabrikarbeiter, den arbeitslosen Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes oder den oben bezeichneten neu- bzw. „umqualifizierten“ Arbeitern entnommen werden. So liegt die Rationalisierung in der UdSSR nicht nur den Siebenstundentag nach sich, sondern sie ist damit zugleich auch ein machtvolles Kampfmittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Doch für die Umstellung auf das Dreischichtensystem mußten noch weitere Vorbedingungen geschaffen werden, die mehr auf sozialem und kulturellem Gebiet liegen. Die Arbeit in den Kinderkrippen und Kindergärten sowie in den Klubs mußte auf die Nacht ausgedehnt werden usw.

Aus allen diesen Gründen hat die Regierungskommission, die zur Durchführung des Siebenstundentages beim Volkskommissariat für Arbeit eingerichtet ist, bestimmt, daß in allen Staatsbetrieben nur nach Prüfung und nach Genehmigung durch die Regierungskommission der Siebenstundentag verwirklicht werden dürfe. Einige Fabriken, die schon selbständig dazu übergegangen waren, mußten vorläufig wieder darauf verzichtet werden. Die Regierungskommission ließ sich hierbei von dem Gesichtspunkt leiten, daß nur durch ein Höchstmaß von Planmäßigkeit und Zentralisation die reibungslose Umstellung auf den Siebenstundentag ohne schädigende Rückfälle (zum Beispiel ungenügende Zufuhr von Rohstoffen) gewährleistet werden kann.

Von außerordentlicher Bedeutung für die schnelle Durchführung des Siebenstundentages ist es, daß die Regierungskommission zusammen mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsvertretern kategorisch beschlossen hat, daß jede Fabrik, die später als am 1. Januar 1928 eröffnet wird — einschließlich der Konzessionsbetriebe! — von vornherein den Siebenstundentag einführen muß. Was für gemaltige Perspektiven diese Verfügung eröffnet, kann man aus dem Hauptplan des Obersten Volkswirtschaftsrates ersehen, der im laufenden Wirtschaftsjahre den Bau von 84 großen Industrieunternehmen vorsieht, von denen ein großer Teil schon Mitte bzw. Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden wird. In diesen neuen Unternehmen werden insgesamt 200 000 Erwerbslose, in erster Linie Metallarbeiter, beschäftigt werden.

So wird im Laufe dieses Jahres die Zahl der Arbeiter in der UdSSR, die nur sieben Stunden arbeiten, mindestens eine Million betragen.

Heute ist der Anfang mit 78 000 Textilarbeitern gemacht. Man muß hierbei noch in Betracht ziehen, daß die Textilindustrie zwar aus einer Reihe technischer Ursachen am besten geeignet für die sofortige Einführung des Siebenstundentages war, daß aber gerade hier die Umstellung auf das Dreischichtensystem auf bedeutende Schwierigkeiten stieß. 80 Prozent aller Textilarbeiter in den Betrieben der UdSSR sind weiblichen Geschlechts. Nach den Sonntagsgesetzen dürfen Frauen während ihrer Schwangerschaft sieben Monate und stillende Frauen außerdem noch sieben Monate nicht nachts beschäftigt werden. Einschließlich der jugendlichen Arbeiter, die gleichfalls nicht nachts arbeiten dürfen, kommen folglich für die dritte Schicht etwa 30 Prozent aller Beschäftigten in Frage. Aber trotz aller dieser Schwierigkeiten haben die von der Regierungskommission bestimmten 14 Textilbetriebe rechtzeitig alle Vorbereitungen getroffen, und konnten somit am 18. Januar ihre Betriebe auf den Siebenstundentag und das Dreischichtensystem umstellen. Die wirkliche Arbeitszeit in diesen Betrieben, abzüglich der Frühstückspause, wird nunmehr sechs Stunden 18 Minuten betragen, während sie beim Achtstundentag sieben Stunden 13 Minuten betrug. 55 Minuten pro Tag erhalten also die Arbeiter für ihre Erholung, ihre Schulung und Weiterbildung. So wird die Einführung des Siebenstundentages zu einer Voraussetzung für die Hebung des Kulturniveaus, die ihrerseits

weiterum eine der Vorbedingungen für die weitere Verhollommung der Produktion ist.

In welchem Maße die Rationalisierung plus Einführung des Siebenstundentages und des Dreischichtensystems bei vorläufiger Wertschöpfung und dann Erhöhung des Arbeitslohnes auch der Produktion zugute kommt, davon zeugt die Tatsache, daß allein in den 14 Textilfabriken nach Umstellung 115 Millionen Meter fertige Manufakturwaren mehr hergestellt werden.

Der heutige Übergang von zunächst 78 000 Textilarbeitern

der UdSSR auf den Siebenstundentag ist ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Welt sichtbar leuchten für die internationale Arbeiterklasse am östlichen Morgenhimmel — zum Schreden der Weltbourgeoisie — die Worte, die von den Klassenbewußten und stegesgewissen russischen Proleten über dem Eingang der Textilfabrik „Kotefahne“ neben der Lösung: „Es lebe der Siebenstundentag!“ niedergeschrieben sind:

„Wir werden am Sozialismus bauen, wir bauen an ihm, wir werden seinen Aufbau vollenden.“

Buchdruckerlohntarif gekündigt!

Berlin, 26. Januar. (Eig. Draht.) Der Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes hat den bis zum 31. März 1928 laufenden Lohnvertrag gekündigt. Bei der Veröffentlichung dieses Beschlusses weist der Verbandsvorstand darauf hin, daß er unbedingt daran festhalten werde, eine ausreichende, der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung diesmal durchzusetzen, da eine von ihm geforderte zweiseitige Lohnregelung, die er bereits im November v. J. anstrebte, an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert sei.

Ausperrung in Mitteldeutschland restlos durchgeführt

Halle, 26. Januar. (Eig. Draht.) Die Zentralstreikleitung teilt mit, daß die Ausperrung der Metallarbeiter durch die Unternehmer, die gestern in Kraft treten sollte, nach den vorliegenden Meldungen ziemlich restlos durchgeführt ist. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Magdeburg beträgt 20 000. In Halle sind es 8000 Arbeiter, jeder zumeist Streikende. In Talle a. d. S. sind 4300 Arbeiter durch die Unternehmer auf die Straße geworfen worden. Dagegen hat in Wertheim nur ein kleiner Betrieb ausgesperrt. Außer der Ausperrung in Freital und Riesa-Ort, die gar nicht dem mitteldeutschen Tarifvertrag angeschlossen sind, hat auch die Beizer Eisengießerei ihre Belegschaft gekündigt und auf die Straße geworfen. Die Kampegeisterung der ausgesperrten und streikenden Arbeiter ist nach wie vor sehr gut.

Arbeitszeitverhandlungen in Nachen gecheitert

Köln, 26. Januar. (Eig. Draht.) Ueber die Arbeitszeit für den Nachener Stein- und Zementbergbau fanden gestern Verhandlungen statt. Der vom Schlichter des Bezirks Rheinland gefällte Schiedsspruch verlangte, daß die für die Uebertragung vorgesehene Arbeitszeit mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Wurmreviers in der jetzigen Dauer bestehen bleibe, da die Kohlenherren des Wurmreviers nur auf diese Weise in der Lage wären, mit dem Ruhrbergbau zu konkurrieren. Bezüglich der Uebertragungsarbeiten sollte ein zweites Schiedsgericht eingesetzt werden. Die vorgeschlagene Regelung sollte Ende Oktober ablaufen. Der Schiedsspruch wurde von Seiten der Arbeitererschaft abgelehnt, die Entscheidung der Unternehmer steht zurzeit noch aus.

Generalkrieg in der Tschechoslowakei

Prag, 24. Januar. (Eig. Bericht.) Der von der kommunistischen Partei und den linken Gewerkschaften proklamierte einseitige Generalkrieg gegen die von der Regierung geplante Verschiebung und für die Verbesserung der Sozialversicherung wurde gestern unter gewaltiger Beteiligung der Arbeitererschaft durchgeführt. Die in einigen Bezirken ganz offene, in anderen verschleierte Gegenaktion der Sozialdemokraten und Reformisten und der Terror der Unternehmer haben die große Masse der Arbeitererschaft nicht daran hindern können, ihren Kampfwillen zu demonstrieren. In Prag haben sich

die tschechischen Sozialdemokraten unter dem Druck der Arbeitererschaft sogar offiziell an der Kundgebung beteiligt.

Proteststreik in Bombay

London, 24. Januar. (Eig. Bericht.) Wie die indische Nachrichtenagentur meldet, haben die Gemeindeführer von Bombay ihren Beschluß, am 3. Februar, dem Tage der Ankunft der englischen Indien-Kommission, einen vierundzwanzigtägigen Proteststreik durchzuführen, trotz der behördlichen Drohung mit der Auflösung ihrer Gewerkschaft, bestätigt.

In Bombay sind 10 000 Eisenbahnarbeiter der dortigen Werkstätten für Lohnforderungen in den Streik getreten. Der Streik hat zugleich die Bedeutung eines Proteststreiks gegen die Indien-Kommission.

Strafantrag der Marineleitung

Berlin, 26. Januar. (Eig. Draht.) Der Chef der Marineleitung hat gegen das „Berliner Tageblatt“ Strafantrag gestellt wegen Verleumdung und Verleumdung des Oberleutnants Brode und des Oberregierungsrats Weuster, die nach den Mitteilungen des „B. T.“ in die Kieler Munitionsangelegenheit verwickelt sein sollen.

Der Prozeß, dessen Durchführung sehr lange hinausgezögert werden wird, wird nicht zur Klärung der Angelegenheit beitragen, da man nach alter Methode im gegebenen Falle einfach die Öffentlichkeit wegen „Gefährdung der Landesinteressen“ abschließen wird.

Woldemaras bei Stresemann

Berlin, 25. Januar. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat heute nachmittag den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras zu einer Unterredung empfangen, die über zwei Stunden dauerte. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Verhaftungen bei der Reichswehr?

Berlin, 26. Januar. Wie die bürgerliche Presse aus Gießen meldet, ist in den letzten Tagen von einer Funküberwachungsstelle ein Funkprüfer aufgefangen worden, der allem Anschein nach von einer Funkdienststelle des „Ordlich“-Leibes des Wehrkreises V gegeben wurde, wobei aber den Vorschriften nicht entsprochen worden ist. Da noch nicht festgestellt werden konnte, ob es sich hierbei um militärischen Ungehorsam oder um Verstoß militärischer Geheimnisse handelt, wurden die Bediensteten der hierin Betracht kommenden Funkstellen in Untersuchungspausen genommen, darunter auch Angehörige des Gießener Reichswehrbataillons.

Geleitzüge für die Sememörder

Berlin, 26. Januar. Den vier zum Tode verurteilten Angeklagten aus dem Wilmers-Prozeß, die aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit in die Mörderzelle in Plötzensee gebracht worden waren, sind Vergünstigungen erteilt worden, u. a. die Erlaubnis, ohne Kontrolle mit den Verteidigern zu sprechen, zu rauchen und sich besser zu betätigen.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

„Sehen Sie diese beiden Kerzen dort?“ fuhr der Baron Suire verächtlich fort. „Das sind die teuersten; sie kosten sechzig Franken und brauchen einen Monat zum Verbrennen. . . Die Kleinsten, die fünf Sous kosten, brennen nur drei Stunden. . . O, wir sparen nicht damit; wir haben keinen Mangel daran! Sehen Sie, hier sind noch zwei Körbe voll. Man hat keine Zeit gefunden, sie ins Magazin zu bringen.“

Dann erklärte er die einzelnen Mobiliarrüde; ein mit einem Leberzug bedecktes Harmonium; ein Schwanengeßel mit breiten Schuhsolen, worin man die heiligen Gewänder verließ; Känle und Stühle, die man dem kleinen privilegierten Publikum vorbehielt, das in der Grotte während der Zeremonie zugelassen wurde; und schließlich ein sehr schöner, mit gravierten Silberplatten bedeckter verzierbarer Altar. Es war das Geschenk einer hohen Dame; übrigens wagte man ihn nur während der reichen Pilgerfahrten zu benutzen, aus Besorgnis, die Feuersgefahr könnte ihn verderben.

Pierre wurde durch das Geschwätz des gefälligen Mannes gewirrt. Seine religiöse Erregung verlor dadurch an ihrem Reiz. Beim Eintritt in die Grotte hatte er trotz seines mangels an Glaubens eine Narbe, eine Art heiligen Schwanzens erlitten, als ob das Gesicht ihm jetzt geöffnet werden sollte. Es war gleichzeitig ein heftiges und ein schwaches Gefühl. Er sah Dinge, die ihm unendlich rätselhaft erschienen: haufenweise zu den Füßen der Jungfrau niedergelegte Blumenkränze, kindliche Ex-voto-Geschenke, kleine verblühte Schale, ein kleines alteses Mieder, eine einem Spielzeug ähnliche, für eine Pappe passende Krone.

Unterhalb des natürlichen Gewölbes, in dem die Erscheinungen sich gezeigt hatten, nämlich an der Stelle, wo die Pilger die Rosenkränze und Gebete liehen, die sie weihen wollten, war der Felsen abgenutzt und glatt geschliffen. Millionen von inbrünstigen Lippen hatten sich mit solcher Fieberei darauf gedrückt, daß der Stein verbleicht, schwarz geädert und glänzend wie Marmor geworden war.

Nun aber blieb er im Hintergrund vor einer Höhlung stehen, in der sich eine beträchtliche Menge von Briefen und Papieren aller Art angehaufft befand.

„Ach, ich vergaß!“ begann wieder lebhaft der Baron Suire; „das ist ja das Interessanteste. Das sind die Briefe, welche die Gläubigen täglich durch das Gitter in die Grotte werfen. Wir sammeln dieselben, und legen sie da hinein. Es macht mir denn Spaß, sie im Winter zu sortieren. . . Sie begreifen, man kann sie nicht wohl verbrennen, ohne sie zuvor zu öffnen; denn sie enthalten oft Geld, Zehn- und Zwanzigsgulden und namentlich auch Briefmarken.“

Er wählte in den Briefen heraus, nahm auch Geratewohl einen derselben heraus, zeigte die Aufschrift und entlegte ihn, um ihn zu lesen. Fast alle waren Briefe von armen, ungebildeten Leuten, und ihre Adresse zeigte in großen, unregelmäßigen Buchstaben die Worte: „An unsere liebe Frau von Lourdes.“ Viele enthielten in unrichtigen Redewendungen Bitten oder Vorstellungen in einer außerordentlich schlechten Orthographie. Manchmal war nichts ruhrender als die Natur dieser Bitten: man bat um einen kleinen Bruder, der gerettet, einen Prozeß, der gewonnen werden sollte, einen Liebhaber, den man zu bewahren, eine Heirat, die man zu schließen wünschte. Andere Briefe lauteten verächtlich; die heilige Jungfrau wurde darin ausgeholfen, weil sie nicht so höflich gewesen war, einen ersten Brief dadurch zu beantworten, daß sie die Wünsche des Schreibers erfüllte. Dann gab es wieder andere, feiner geschrieben, mit sorgfältig abgefaßten Sätzen, welche Bekenntnisse und glühende Gebete enthielten. — Briefe von Frauen, die der Königin des Himmels das schrieben, was sie keinem Briefe im Ernteden des Reichthums anzuvertrauen wagten. Ein auf gut Glück geöffneter Briefumschlag enthielt einfach die Photographie eines jungen Mädchens, das in seiner Liebe Frau von Lourdes ihr Bild mit der Widmung zuzandte: „An meine gute Mutter.“ Kurz, diese Höhlung erwies sich jeden Tag als das Postfach einer sehr mächtigen Königin, die Bittgesuche und verträuliche Mitteilungen empfing und durch Gnaden und Wohlthaten aller Art darauf antworten sollte. Die Zehn- und Zwanzigsgulden waren einfache, naive Liebesbeweise, um die Heilige zu erweichen; und was die Briefmarken betrafte, so wurden diese nur der bescheidenen Ueberzeugung wegen geschickt, insofern dies nicht aus einer Einlast geschah, wie im Briefe einer Bäuerin. Diese hatte nämlich ein Postskriptum eingeklebt, worin gesagt war, sie lege eine Karte bei und erwarte eine Antwort.

„Ich verzeihere Sie,“ schloß der Baron, „unter diesen Briefen sind sehr hübsche und weniger hässliche, als man glauben möchte. . . Seit drei Jahren habe ich die durchgehenden interessanten Schreiben einer Dame gefunden, die nichts ist, ohne es der heiligen Jungfrau zu erzählen. Die Dame war verheiratet und suchte die verdrückteste Leidenschaft für einen Freund ihres Gatten. . . Nun denn, Herr Abbé, sie hat dieselbe bejagt; die heilige Jungfrau hat ihr dadurch

geantwortet, daß sie ihr Kühlung und Schutz für ihre Keuschheit und die göttliche Kraft verlieh, ihrem Herzen Widerstand zu leisten. . .“

Da unterbrach er sich und sagte:

„Aber sehen Sie sich doch hierher, Herr Abbé! Sie werden sehen, wie wohl man sich da befindet!“

Pierre nahm neben dem Baron auf der Bank zur linken Hand Platz, dort, wo der Felsen sich senkte. Es war das in der Tat eine Ecke voll köstlicher Ruhe. Weder der eine noch der andere sprach mehr, und es herrschte ein tiefes Schweigen. Da hörte er hinter seinem Rücken ein unbestimmtes Murmeln, eine feine, inställhelle Stimme, die aus dem Unsichtbaren zu kommen schien. Er machte eine Bewegung, die der Baron Suire verstand.

„Das, was Sie hören,“ sagte er, „ist die Quelle. Sie befindet sich dort im Boden hinter diesem Drahtgitter. Wollen Sie sie sehen?“ Und ohne abzuwarten, ob Pierre sein Anerbieten annehmen würde, hatte er sich schon gebückt, um einen der sie beschützenden Riegel zu öffnen. Dabei bemerkte er, wenn man die Quelle derart verschloße, so geschähe dies aus Besorgnis, die Freidenker könnten kommen und Gift hineinwerfen. Dieser außerordentliche Einfall überraschte den Priester einen Augenblick; aber er schrieb ihm schließlich dem Baron zu, der wahrhaftig viel Kindisches an sich hatte.

Unterdessen mußte sich dieser vergeblich mit dem Buchstabenverzeichnis ab, das nicht aufgehen wollte.

„Das ist seltsam,“ murmelte er, „das Wort heißt ‚Kom‘, und ich bin ganz sicher, daß man es nicht geändert hat. . . Die Feuchtheit verdirbt alles. Wir sind genötigt, alle zwei-Jahre die Kruden zu droben, die in Staub zerfallen, zu erneuern. . . Bringen Sie mir doch eine Kerze!“

Als Pierre dem Baron mit einer Kerze, die er von einem Kerzenhändler genommen, leuchtete, gelang es dem letzteren endlich, das Kupferne, von Grünspan angefressene Register zu öffnen. Das geflochtene Drahtgitter drehte sich, und die Quelle wurde sichtbar. Die Quelle zeigte sich ein in der Felsenwand auf einem Grund von schlammigem Kies langsam dahinschießendes Wasser, das klar und ohne Sprudel hervorquoll. Aber sie schien aus ziemlicher Entfernung zu kommen. Der Baron erklärte, man habe in um sie zu den Brunnen zu leiten, mittels von Zement überdeckten Röhren kanalisiert. Er gestand sogar, daß man hinter den Wehr ein Reservoir hatte anlegen müssen, um das Wasser während der Nacht aufzufangen; denn die geringe von der Quelle gelieferte Menge hätte für die täglichen Bedürfnisse nicht genügt.

„Sollen Sie das Wasser versuchen?“ fragte er plötzlich. „Bei seinem Austritt aus der Erde ist es noch besser.“

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Um den deutsch-polnischen Handelsvertrag

Zwei Entschlüsse im Gleiwitzer Parlament

Magistrat und Stadtverordnetenbüro trachten am Dienstag, dem 17. Januar, eine Entschlüsselung ein, die sich mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrage befaßt. Die Stadtverordneten sollten in ihrer Sitzung am Donnerstag diese Entschlüsselung annehmen, die folgendermaßen lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung von Gleiwitz ist durch die Nachrichten über den bevorstehenden Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen in die größte Sorge versetzt. Nach diesen Nachrichten würde Oberschlesien in schwerster Weise benachteiligt werden. Das gilt besonders von der Einfuhr eines Kontingents polnischer Kohle und polnischer Schweine. Daraus würde für die inländische Produktion industrieller und landwirtschaftlicher Art ein Schaden erwachsen, der mit keinem Schweregewicht fast ausschließlich nur der Oberschlesien treffen würde. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Ansicht, daß die Auswirkungen eines solchen Handelsvertrages zu einem Ruin des bei Deutschland verbliebenen Teiles Oberschlesiens führen müssen,

menn nicht besondere Hilfsmaßnahmen

des Reiches und Staates aufgefunden werden. Dabei ist zu bedenken, daß schon die katastrophalen Folgen der Teilung Oberschlesiens, insbesondere das Abwanderer- und Flüchtlingselend bisher in der Hauptsache von Oberschlesien selbst getragen worden sind. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß trotz der bisher Oberschlesien zugewendeten Reichs- und Staatsmittel, der Wohnungsbau in Oberschlesien weit mehr als in irgendeinem anderen Landesteil hinter dem dringenden Bedarf zurückbleibt. Weiter ist in neuerer Zeit aufgefallen, daß die Leistungen des preussischen Staates für die Schulen immer mehr zurückgehen, während auf der anderen Seite die Not der deutschen Schulen in rapidem Steigen begriffen ist. Alle diese Erscheinungen entspringen aus Ursachen, die auf Sonderbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles beruhen und darum auch gegenüber dem übrigen Oberschlesien durch besondere Maßnahmen des Reiches und Staates auszugleichen sind. Würde nun auch die Hauptlast der Nachteile aus dem polnischen Handelsvertrag auf Oberschlesien zuwälzen, dann würden nicht bloß für Oberschlesien, sondern auch für ganz Deutschland die hieraus erwachsenden katastrophalen Folgen unabsehbar sein. Die Stadtverordnetenversammlung von Gleiwitz erhebt deshalb in letzter Stunde die warnende Stimme, solche Vereinbarungen, wie sie oben angedeutet und durch die Presse bereits veröffentlicht worden sind, in den Handelsvertrag aufnehmen zu lassen. Sollte aber dieses Uebel unabweisbar sein, so fordert die Stadtverordnetenversammlung einen viel wirksameren Ausgleich, als wie er Oberschlesien bezüglich der Folgen aus seiner Herbeiführung zuteil geworden ist. Es soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß zwar auch Oberschlesien eine Verdünnung des Handelskrieges mit Polen erfährt, aber nicht in der Weise, daß dieses Uebel durch ein für Oberschlesien noch weit größere Uebel ersetzt werden soll.“

Jeder Klassenbewußte Arbeiter wird dieser Entschlüsselung den wahren Charakter entnehmen. Der Zweck der Entschlüsselung ist ein Raubüberfall, einmal auf die Werktätigen zu verwickeln und abzulenken von den tatsächlichen Ursachen ihres Elends, in welchem sie leben, und zum anderen ein Appell an die Regierung, damit diese den industriellen Ballast für den angeblichen Ausfall von Kohle, und dem Schweragravier Graf Praschma für den angeblichen Ausfall von Schweinen weitere unzulässige Millionen Goldmark schenkt. Die kommunistische Fraktion brachte in dieser Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Gegenentschließung ein:

Die Kommunisten stellen fest:

1. Die Nachrichten über den bevorstehenden Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen bzw. über die Equivokation des deutsch-polnischen Handelsvertrages, wie: „Einfuhr polnischer Kohle, polnischer Schweine“ sind berechnet auf die Ablenkung und Verwirrung aller Werktätigen. Die wahren Ursachen des deutsch-polnischen Handelskrieges beruhen einmal in der grenzenlosen Profitgier der gegenwärtigen Besitzer der Produktionsmittel, der Kapitalisten in Deutschland sowohl wie in Polen. Ferner sind die Ursachen dieses „Wirtschaftskrieges“ festzustellen in den Zollmauern, die von den Regierungen und ihren parlamentarischen Stützen im Auftrage der Kapitalisten aufgerichtet sind, und zwar im Interesse des kapitalistischen Profites. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht eingestrichelt auf die Erhöhung der Kaufkraft und auf den Bedarf der breiten Konsumentenmassen, sondern auf den Profit der Kapitalistenklasse. So wird auch der neue polnische Handelsvertrag nur ein kapitalistisches Geschäft. Er wird den deutschen und polnischen Kapitalisten auf der berühmten „Kompanionsgrundlage“ Reichtümer einbringen und diese werden sich enger verbünden gegen die gesamte Arbeiterklasse, die durch solche Politik nur verschärfter ausgebeutet werden soll.

In Oberschlesien haben die Regierungsstellen ihre Tätigkeit entfaltet, und sie werden weiter tätig sein auf dem Wege der Unterstützung der bestehenden Klasse. Industrielle, Agrarier und Großgrundbesitzer können sich rühmen, Abmillionen Goldmark von den Regierungen geschenkt bekommen und die Steuerbehörden um viele Millionen Mark Steuer gebracht zu haben. Doch die armen Massen der Arbeiter und des Mittelstandes können behaupten, daß sie durch menschenunwürdige Löhne, durch eine brutale Steuererschraube ein unerträgliches Leben fristen. Jede Forderung aller Arbeitnehmer auf Verbesserung der Lebenslage, wie Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnserhöhung usw., wird von den

profitgierigen Schwerkapitalisten abgelehnt. Angehörige der bestehenden Klasse und hohe Beamte, welche Flüchtlinge waren, sind in ihren Schadenersatzansprüchen befriedigt und zum großen Teil in guten Wohnungen untergebracht. Die breiten Massen der Flüchtlinge warten heute noch auf die Auslandsentschädigung und mit ihnen Überausende von Wohnunglosen auf Wohnungen, wo sie ihr von schwerer Arbeit ermüdetes Haupt niederlegen können.

Und so können unzählige Leiden der Arbeiter und Kleinbauern ausgehört werden, die davon sprechen, daß es den Kapitalisten in Oberschlesien recht gut geht auf Kosten der breiten Massen aller Werktätigen.

3. Die Stadtverordneten fordern:

1. Abschaffung aller Zölle.
2. Rückzahlung der staatlichen Subventionen an die Industrieellen durch die.
3. Dafür großzügiger Bau von Wohnungen bis drei Stuben und Küche.
4. Volle Entschädigung der Flüchtlinge.
5. Zuschüsse von Staat und Reich in ausreichendem Maße, um allen Hilfsbedürftigen Unterstützung zuteil werden zu lassen, die dem einzelnen das Existenzminimum sichern.
6. Entlastung aller Kleingewerbetreibenden und Handwerker von den Steuern.

Gleiwitz

Soziale Fraktion. Die Zahlung der Kleinrenten für den Monat Februar an die Kleinrentner der Stadt Gleiwitz sowie der eingemeindeten Stadtteile Richterdorf, Elguth-Jaborge und Hermit findet am kommenden Mittwoch, dem 1. Februar 1928, und zwar in den Vormittagstunden von 8 bis 12 Uhr, in den Räumen des Stadtkassiers auf der Wilhelmstraße Nr. 28 statt. Pünktliche Abholung der Renten und das Mitbringen der Ausweisarten ist unbedingt erforderlich.

* Unglück im Dunkeln. Ein Auto mit zwei Insassen aus Sosnkafu fuhr auf der Chaussee Gleiwitz-Hindenburg im Dunkeln, als der Chauffeur vor der geschlossenen Schranke eines Bahnüberganges im letzten Augenblick bremste, gegen einen Baum. Durch den furchtbaren Anprall gingen die Scheiben in Trümmer. Die beiden Insassen trugen schwere Verletzungen davon.

Hindenburg

Vom Kampf der Erwerbslosen

Die am 21. Dezember gewählte Vertretung hatte die Erwerbslosen am 17. Januar zu einer Versammlung im Saale Rath aufgerufen. Dazu hatte sie je einen Vertreter der SPD, der KPD, und einen Vertreter der Magistrats eingeladen. Von der KPD. erkrankte Kollege Paris, von der SPD. Hamelle. Der Magistrat hatte vorgezogen nicht zu erscheinen. Zu Punkt 1 sprach ein Vertreter des Bezirksausschusses der Erwerbslosen. Er zeigte die kommenden Wirtschaftskämpfe auf. Für fünf Millionen Arbeiter laufen im Frühjahr die Tarife ab. Bei diesen unausbleiblichen Kämpfen dürfen auch die Erwerbslosen nicht ruhig zusehen. Der Reichstag schlug konkrete Kampfmaßnahmen vor. Er forderte die Erwerbslosen, auf sich freigewerkschaftlich zu organisieren; aber auch innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, gegen Realitätsbürokratie, Arbeitsgemeinschaft und Schlichtungsschwindel. In der Diskussion meldete sich als erster der Bezirksleiter der SPD, Hamelle, zum Worte. Er verurteilte die Handlungsweise der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu rechtfertigen, was einen heftigen Widerspruch der Versammlungsteilnehmer auslöste. Er verlangte Schutz von der Vertretungsleitung, rief aber gleichzeitig aus: „Dadurch glaubte er am besten dem Punkt 2: „Forderungen der Erwerbslosen“ aus dem Wege zu gehen.“ Darauf meldete sich als Vertreter der KPD. Kollege Paris zum Wort. In seinen Ausführungen forderte er die Kollegen auf, weiter zu kämpfen um ihre Rechte zur Verbesserung ihrer Lage, und geißelte das Verhalten der SPD und der übrigen bürgerlichen Parteien gegenüber den Erwerbslosen. In der weiteren Ausdrucksweise unterstrichen mehrere Kollegen den Kampfeswillen der Erwerbslosen. Unter Punkt 2 berichtete ein Kollege der Erwerbslosenvertretung über die bisherige Arbeit. Er zeigte auf, daß der Magistrat der Not der Erwerbslosen gleichgültig gegenüberstehe. Er lehnte die Forderungen der Erwerbslosen zum größten Teil ab. Er sabotierte sogar die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Dezember. Hervorragend in der Ablehnung der Forderungen der Erwerbslosen beteiligten sich die Vertreter der SPD. Fraktionsführer der SPD, Hamelle erklärte der Vertretung wegen des Antrages (betreffend Karenzzeit): „Woher soll die Stadt das Geld nehmen? Die Bauarbeiter konnten im Sommer so viel geparkt haben, daß sie jetzt leben könnten.“ Die Vertretung forderte die Kollegen auf, weiter zu kämpfen, bis ihre Forderungen erfüllt seien.

Unter Punkt 3 wurden drei Entschlüsselungen einstimmig angenommen. Ihr Inhalt richtete sich gegen die Verlängerung der Parteizeit und fordert ihre Aufhebung sowie weitestgehende Unterstützung durch die Kommune. (Lieferung von Kohle, Kartoffeln und Schutzbekleidung.) Die Entschlüsselungen sollen der Reichsanstalt für WSW, dem Magistrat und den einzelnen Parteien übermittelt werden.

7. Sozialistische Forderung der Erwerbslosen und Großgrundbesitzer.

Die Forderungen der Arbeiter um den Acht- bzw. Sechsstunden- tag, um Lohnausgleich und Lohnserhöhung von mindestens 10 Pf. pro Stunde unterstützen die Stadtverordneten.

Verträge auf der Grundlage gegenseitiger Kapitalistischer Profite richten sich stets gegen die Interessen der Werktätigen in den vertragsschließenden Ländern.

Nur die Kesseltung der kapitalistischen Profitwirtschaft, die Errichtung der Diktatur des Proletariats schafft Handelsbeziehungen, die auf gegenseitiger Hilfe und Solidarität beruhen.

Oberbürgermeister Dr. Geisler zog es vor, nachdem die Kommunisten vortehende Entschlüsselung eingebracht, die Entschlüsselung des Magistrats aus „formellen“ Gründen zurückzuziehen. Jeder blamiert sich eben wie er kann, und der Gleiwitzer Magistrat ganz besonders. Er sah sich entlarvt. Doch die Arbeiterklasse wird auch hinsichtlich den Mäandern des Magistrats die entsprechende Antwort erteilen.

Die bürgerlichen Zeitungen schweigen sich über den Reinsfall des Gleiwitzer Magistrats entweder aus, oder sie verbreiten die Laischen. Mit ihnen im Bunde ist das sozialdemokratische „Volkblatt“. In Nr. 18 schreibt dieses Blatt von der Stadtverordnetenversammlung in Gleiwitz und schließt mit folgendem Verdict: „Den Stadtverordnetenentschlüsselungen war eine Entschlüsselung zu dem deutsch-polnischen Handelsvertrage zugegangen, der die Kommunisten eine andere, in ihrem Sinne allerdings, mit Dingen, die nicht zur Sache gehören, entgegenstellten.“ Wir erproben uns, auf den verzapften Unsinns des „Volkblattes“ einzugehen.

Jeder Arbeiter, insbesondere der sozialdemokratische, wird recht tun, wenn er die Entschlüsselung des Magistrats und die Entschlüsselung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion durchliest. Er wird zu dem Schluß kommen, daß das, was die Kommunisten fordern, durchaus zur Sache gehört, und daß es auch durchaus notwendig ist, gegen die sozialdemokratisch-zentralkomitee-bürgerliche Gesellschaft den schärfsten Kampf zu führen.

Am 6.30 Uhr wurde die Versammlung geschlossen, nachdem noch beschlossen worden war, sich an der nächsten Stadtverordnetenversammlung, wo ihre Anträge wieder zur Beratung stehen, geschlossen zu beteiligen.

Erwerbslose! Reicht Euch ein in die rote Kampffront zur endgültigen Niederrückung des verfluchten und verfaulten kapitalistischen Systems.

* Beim Schmuggeln erschossen. Ein gewisser Hönisch aus dem Stadtteil Jaborge wurde in der Hauptstraße am Sonntag früh im tödlichen Schußwunden aufgefunden. Wie die Untersuchung ergab, ist H. auf der Rückkehr vom Schmuggel von einem polnischen Zollbeamten an der Scharostka erschossen worden.

* Zusammenstoß von Auto und Radfahrer. Ein Personenauto rampte beim Überholen des städtischen Omnibusses in der Hüttenstraße einen Radfahrer. Das Rad ging in Trümmer, der Radler, der unter das Auto geraten war, mußte in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Oppeln

Das Arbeitsamt fängt wieder Menschenhandel an. Wie alljährlich beabsichtigt das Arbeitsamt wieder eine Reihe von Arbeitslosen nach auswärts in Arbeit zu verschleusen. Vorerst kommen wieder die kleinsten Arbeitslosen ohne Rücksicht auf ihre Verhältnisse, Gesundheitszustand usw. dran. Fr. Hoffmann wird es schon verstanden! Vergangenes Jahr wurden die Mädel zur Landarbeit geschickt. Was haben sie verdient, wie mußten sie schuften! In der Fremde waren sie einer noch größeren Willkür wie hier durch die Angestellten des Arbeitsamtes ausgesetzt. Die Mädel in den Fabriken, was mußten sie erdulden! Ja sogar als Streikbrecher wurden die Arbeitslosen benutzt! Die ersten Transporte werden wieder organisiert. Es soll zur Fortarbeit, in Sämereien und Webereien gehen. In den Orten dieser auswärtigen Arbeitsstellen gibt es genug Arbeitslose, sie arbeiteten natürlich nicht wie die anspruchlosen Oberschlesier für ein Lundenlohn und bloße Versprechungen. Arbeitslose, laß Euch nicht in alle Winde verschleusen. Setzt dem Bestreben des Arbeitsamtes den schärfsten Widerstand entgegen. Kämpft mit den im Betrieb Stehenden für Aufständigkeit und noch weitere Reorganisation der Arbeitszeit bei auskömmlichen Löhnen und arbeitet dann hier!

Mitgliederversammlung des KJB. Kein KJB-Kamerad darf am Sonnabend, dem 28. d. M. zu der Mitgliederversammlung, die 10.30 Uhr im Schützenhaus stattfindet, fehlen.

Oberglogau. Einen proletarischen Abend veranstaltet der KJB am Sonnabend um 19 Uhr bei Fr. Treator, Leobschüler Straße. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
Beuthen. Donnerstag 19 Uhr im Lokal Neumann, Kuruz, „B. w. d. P.“
Gleiwitz. Donnerstag 19.30 Uhr in den „Drei Jahreszeiten“ öffentliche Versammlung. Thema: „Die Wahrheit über den Ausschluß und die Verbannung von Trozki, Sinowjew“ usw.
Hindenburg. Not. zu spät eingelaufen.
Sonstige Organisations
Beuthen. Sonntag 15 Uhr im Volkshaus Werberanstaltung der Arbeiter-Samariter.
Beuthen, rote Hilfe. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Neumann.

SCHLUSS DES INVENTUR AUSVERKAUFS



Jeder Einkauf lohnt sich!
Damen - braun echt Boxst.-Schuh - 8.90
schön, neues Mod., 3 Oesenführung.
Damen - Lack - Spangenschuh 8.90
mit L. L. XV. - Absatz
Mädchen-Lackspangenschuhe, ge-
mäßige Form, Größe 34-35 6.70, 5.20
31-33 6.20, 29-30 5.70, 27-28
Kinder-Lackspangenschuhe,
allerbeste Ausführung, mit Fleck-
Gr. 25-26 5.20, 22-24 4.90, 20-21 4.00
2.90 ohne Fleck 18-21
Herren-Lack-Halschuh, weißgedoppelt 10.90



Damen-Lack-Spangenschuh mit farbiger Wildleder-Spang. Größe L. L. XV. Absatz
Verkaufsstellen Conrad-Tack & Cie. Breslau, Ohlauer Str. 15, teuschestr. 47-48
am 28. Januar
Rastbor / Beuthen OS. / Gleiwitz / Hindenburg / Oppeln / Waldenburg

Zuchthaus Preußen

Von Franz Höllering

Spaziergang durch ein Buch — Jährlich 24 Millionen Hafttage — Jeder kommt an die Reihe

Das ist ein dickes Buch, 373 Seiten. Großformat. Nach einem Verleger suchst du vergeblich. Auch den Namen des Druckers wirst du nicht entdecken. Aber wo das Buch gedruckt wurde, erfährst du: Im Strafgefängnis Berlin-Tegel.

„Statistik über die Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen für das Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925)“ So lautet der lange Titel, der schlecht angeordnet in hässlicher Schrifttype auf dem Umschlag des grauen Bandes steht. Das Wort Statistik steht dir böse in die Augen. Wie überall: der Inhalt gebiert die Form.

Außer den vier Säulen einer administrativen Vorbemerkung gibt es in dem ganzen Buch nur Tabellen und Ziffern. Hunderttausende Ziffern. Nichts als Ziffern. Eine riesenarme Ziffern. Ausgerichtet, haarscharf, nebeneinander. Aber wenn du ein paar Seiten geblickert hast, dann werden die Ziffern lebendig. Sie beginnen zu tanzen. Ein Ziffern-Perenjabbat. Ganze Kolonnen springen auf. Und hinter jeder Ziffer ein Mensch. Und hinter jeder Kolonne hundert Menschen. Das stumme Buch beginnt zu summern, zu fluchen, zu schreien. Hunderttausend Menschen schreien. Dann plötzlich eine Seite ganze leer, unbedruckt, ganz weiß. Das Herz stößt dir im plötzlichen Schweigen.

Wieviel solche Anstalten gibt es?

Du legst das Buch weg. Ein böses, ein grausames Buch. Aber du kannst jetzt kein anderes, kein „schönes“ lesen. Die qualvollen Stimmen der Ziffern aus dem grauen Band, gedruckt im Strafgefängnis Tegel, gellen dir im Ohr. So entseht dir grauenhaft er auch sein wird, du mußt ihn antreten, den Spaziergang durch dieses Buch, von Zelle zu Zelle, von Gefängnis zu Gefängnis, von Zuchthaus zu Zuchthaus, im großen Zuchthaus Preußen.

Los! Schau der Wirklichkeit ins Gesicht! Es gibt keine Flucht, wenn du ein ganzer Mensch sein willst. Schlag sie wieder auf, die erste Seite, beiß die Zähne zusammen und gehe durch die brüllende, mathematische Tabellenlandschaft.

Kapitel 1: „Allgemeine Verhältnisse der Anstalten und Unterbringungsräume.“ Du erfährst, wieviel Platz es in den preussischen Gefängnissen und Zuchthäusern überhaupt gibt und wie viele „Köpfe“ sie täglich und im Laufe des Jahres zusammen beherbergen. Die Anstalten sind nach Größe und besonderem Zweck verschieden. Sie werden für jeden Strafvollzugsbezirk, deren es in Preußen 13 gibt, (Berlin, Breslau, Rassel, Celle, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamm in Westf., Kiel, Köln, Königsberg, Marienwerder, Raumburg, Stettin), in vier Gruppen eingeteilt. 1. Gerichtliche Gefängnisse mit einer Belegungsfähigkeit unter fünfzig „Köpfen“; 2. gerichtliche Gefängnisse mit einer Belegungsfähigkeit von fünfzig und mehr „Köpfen“; 3. besondere Gefängnisse (z. B. Frauengefängnis Berlin oder Zentralgefängnis Kottbus); 4. Zuchthäuser.

858 kleine gerichtliche Gefängnisse (1), 79 größere gerichtliche Gefängnisse (2), 94 besondere Gefängnisse (3), 21 Zuchthäuser (4), zusammen in ganz Preußen 1050 Anstalten, in denen Menschen als Strafe für wirkliche oder vermeintliche Vergehen und Verbrechen ihrer Freiheit beraubt und gefangen gehalten werden.

Platz ist in all diesen „Anstalten“ zusammen für 70 408 Menschen (davon 6920 Frauen). Du denkst, das sei ein bißchen reichlich viel? Nein, du irrst. Preußen kommt mit diesem Platz nicht aus. Wohl stehen, auf den täglichen Durchschnitt gerechnet, die kleineren gerichtlichen Gefängnisse zur Hälfte leer, und auch die größeren können täglich 600 Gefangene mehr aufnehmen als tatsächlich verwahrt werden, aber in den besonderen Gefängnissen und in den Zuchthäusern herrscht dafür Ueberfüllung. In jenen sind täglich 781, in diesen täglich 1068 Gefangene zuviel. Was das bei der großen Raumparsamkeit, die in allen Gefangenenhäusern von vornherein da ist, heißt, kann sich jeder ausmalen oder in Schilderungen von Gefangenen und fortschrittlich gesinnten Strafvollzugsbeamten nachlesen. Dabei handelt es sich hier nur um die tägliche Durchschnittsziffer. In Wirklichkeit ist die Ueberfüllung zeitweise eine viel größere. Wenn also die Statistik ausweist, daß in Preußen für 70 408 Menschen hinter Schloß und Riegel Platz ist, und „nur“ 66 365 täglich diesen Platz einnehmen, dann braucht niemand zu glauben, daß es den Gerichten nicht gelingt, den gefangenen zur Verfügung stehenden Raum seiner segensreichen Verwendung zuzuführen. Im Gegenteil, es wird vorgejagt. Dort, wo die höheren und schwereren Strafen abgelesen werden, gibt es täglich fast 2000 Gefangene zuviel.

460682

Da das Straußmaß ja nach der Schwere der Gesetzesverletzung, der politischen Gesinnung des Verurteilten oder auch nur seiner Klassenzugehörigkeit zwischen Stunden und „lebenslanglich“ jede Zeitspanne, Tage, Monate, Jahre betragen kann, ist es selbstverständlich, daß die oben angegebene Durchschnittsziffer für den Tag noch gar keinen Begriff davon gibt, wieviele Menschen im Laufe eines Jahres in Preußen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt und in Haft genommen werden. Wieviele hinter sich die eiserne Tür ins Schloß tragen, die Schlüssel des „Rechtes“ in ihren Händen, wieviele mit dem unsichtbaren, aber unheimlich wirkenden Stempel „vorbestraft“, der „Freiheit“ wiedergegeben werden.

Außer 9 unserer Statistik gibt die Zahl an. Ich habe viele Freunde gefragt, wie hoch sie diese Zahl schätzen. Kein einziger kam ihr auch nur nahe. Die beste Antwort gab ein Jurist, aber auch der schätzte um die Hälfte zu niedrig. Diese falschen Schätzungen sind ein demonstrierendes Beispiel dafür, wie wenig die Allgemeinheit von den wirklichen Verhältnissen weiß, wie unklar, falsch und viel zu optimistisch ihre Vorstellungen überhaupt sind. Ich gebe also die Zahl an: 460 682, in Worten: Vierhundertsechzigtausendsechshundertzweiundachtzig Strafgefangene jährlich in Preußen.

Was diese Ziffer bedeutet, wird erst ganz klar, wenn wir uns die Einwohnerzahl von Preußen mit rund 40 Millionen ins Gedächtnis rufen. Wenn wir annehmen, daß immer durchschnittlich gerechnet, jeder preussische Staatsbürger 30 Jahre lebt, in denen er für eine Haft in Frage kommt, dann ergibt sich, daß nach jeder dreihundertsten preussische Staatsbürger, ob er will oder nicht, an die Reihe kommt. Da die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der kapitalistischen Staatsordnung die herrschende Klasse davor bewahren, mit den von ihr zu ihrer Bequemlichkeit und zu ihrem Schutz ge-

machten Gesetzen in Konflikt zu kommen oder den Konflikt straffrei lassen, im schlimmsten Fall mit einer Geldstrafe abtun, ist natürlich der Prozentfuß der Aussichten auf Strafhaft für den Unbemittelten und nichts als Arbeitenden noch viel größer.

68 Prozent „rückfällig“

Gemildert wird diese grauenhafte Ziffer allerdings durch eine andere Tatsache, die aber kein Trost ist, sondern wohl die furchtbarste Anklage gegen den Strafvollzug des bürgerlichen Staates, die es überhaupt geben kann. Wir erfahren sie aus Kapitel 5 unseres Buches: „Zuchthaus- und Gefängnisvorstrafen der Zuchthaus- und Gefängnisgefangenen mit mindestens einjähriger Strafe.“

Diese mißerbende Tatsache besteht darin, daß von allen Gefangenen, welche Strafen von mindestens einem Jahr verbüßen, weit über die Hälfte vorbestraft ist, daß also die Erziehung und die Läuterung durch die Haft und das ewige Odium „vorbestraft“ in erschreckendem Umfange die Wirkung haben, aus einem „Gelegenheitsverbrecher“ einen „Gewohnheitsverbrecher“ zu machen. Von 31 628 Verurteilten, die Strafen von mindestens einem Jahr verbüßen, waren insgesamt 21 483 vorbestraft, das sind rund 68 Prozent. Von diesen 21 483 Vorbestraften waren rund 25 Prozent einmal, 25 Prozent zweimal, 33 Prozent drei- bis fünfmal, 16,5 Prozent sechs- bis zehnmal, 0,5 Prozent elf- bis dreißigmal und 81 Häftlinge mehr als dreißigmal vorbestraft.

Lehrreich ist die Betrachtung des zeitlichen Zurückbleibens der Vorstrafe. 4 Prozent kehren spätestens innerhalb eines Monats neuerlich verurteilt in die Haft zurück, 12 Prozent binnen einer Frist von über ein bis drei Monate, 30 Prozent nach über drei Monaten bis zu einem Jahre, 40 Prozent nach über einem Jahre bis fünf Jahre, 14 Prozent nach über fünf Jahren. Also beinahe die Hälfte aller Vorbestraften kommt innerhalb eines Jahres wieder in die Strafanstalt zurück. Diese Unglücklichen kennen die Gefängnisse und Zuchthäuser und sie kennen die Freiheit dieser Welt. Weber dort noch da können sie leben, sie, die einmal aus Schwäche, Unglück, Not, erbliche Belastung dem „Gefetz“ verfallen sind. „Vom Rechte, das uns mit geboren, ist leider nie die Rede“, sagt Mephisto die Jurisprudenz höhnend im Faust. Er hat Recht. Von diesem Rechte kann auch nicht die Rede sein, so lange Geschäft und Ausbeutung die Lebensgrundlage des Staates sind. Und so lange nicht diese Ursachen dieser grauenhaften Ziffern geändert sind, werden sich auch die Ziffern nicht ändern. Leser, schau der Wirklichkeit ins Gesicht!

Geradezu grotesk und nicht mehr faßbar wird die Statistik dort, wo es sich um die Feststellung der Gesamtzahl aller Hafttage handelt, die jährlich in den preussischen Gefängnissen und Zuchthäusern abgelesen, abgelebt, abgeklitten werden. In den Kapiteln 3 a „Belegung der Zuchthäuser“ und 3 b „Belegung der Gefängnisse“ stehen diese Ziffern am Ende der letzten Kolonnen unter dem Titel „Gesamtergebnis“. Es lautet: Zuchthäuser 4 808 701, Gefängnisse 19 862 649, zusammen 24 Millionen 171 Tausend 350 Hafttage jährlich in Preußen. Ein herrliches „Gesamtergebnis“.

100 Millionen an die Junker

Die Großpächter in Pommern sind in Finanzschwierigkeiten geraten. Rentenmarkkredite, die abgelöst werden mußten, konnten nur unter schweren Bedingungen zurückgezahlt werden. Wechsel sind „eingestoren“. Die Zinsen, die sie zahlen müssen, sind die hohen Wucherzinsen der deutschen Großbanken. Nun schreien die Junker, Großpächter und ihr Landbund über eine Agarkrise. Sie, die für die wirkliche Not der arbeitenden Bauern, für das Elend der kleinen Pächter, dem der Gerichtsvollzieher oft genug die letzte Kuh aus dem Stalle getrieben, bestenfalls nur Worte übrig haben, fordern für sich Staatsunterstützung.

Sie gehen gleich gründlich zu Werke. Die preussischen Junker sind nie bescheiden gewesen. Sie fordern für die „Landwirtschaft“ als

erste Rate 100 Millionen Mark aus Staatsmitteln. Der Staat des Bürgerblods soll den Junkern die Schulden bezahlen. Man ist doch nicht vergebens auf den Minusfesseln.

Das Bürgerblodkabinett berät. Der Zentrumsinanzminister Kähler ist vorläufig noch etwas hartleibig. Aber schon beraten die Parteiführer im Reichstag über Mittel und Wege, um Schiefes Forderung „so weit wie möglich“ zu erfüllen.

Es geht ja nicht um ihr Geld. Die Junker wollen ja nicht Geld geben. Sie wollen Geld nehmen. Die 100 Millionen, die sie brauchen, sollen ihnen aus Staatsmitteln gegeben werden: aus den Steuergeldern der Arbeiter und Rentner.

Wieder ein KZB.-Verbot

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926, mit Zustimmung der Reichsregierung (!) die Ortsgruppe Falkenberg in Pommern des Roten Frontkämpferbundes einschließlich der Roten Jungfront aufgelöst, weil aus ihrem Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den erwähnten Bestimmungen des Friedensvertrages steht.

Eine nähere Mitteilung der „Gründe“, die zu diesem Verbot führten, fehlt im Amtlichen Preussischen Pressedienst. Es wird lediglich gemeldet, daß alle Gegenstände und eventuellen „militärischen“ Geräte der aufgelösten Ortsgruppe zugunsten des Reichs beschlagnahmt und eingezogen werden.

Der preussische Innenminister erweist der Bürgerblodregierung — gegen die SPD-Führer Opposition mimten — immer neue Liebesdienste. Alle Ortsgruppen des KZB. müssen gegen die Praxis der Auflosungen energig protestieren.

Aus aller Welt

Evolution ist verboten

Aus dem berühmten Staate Tennessee, wo der „Affenzweig“ geführt wurde, d. h. von den Staatsbehörden gesetzlich verboten wurde, die von Darwin begründete naturwissenschaftliche Evolutions- (Entwicklungs-)lehre zu propagieren oder zu lehren, berichtet eine Zeitung:

Das Wort „Evolution“ hat in dieser Hinterwäldnergegend eine solche dunkle Bedeutung bekommen, daß die bloße Erwähnung desselben schon als ein großes Verbrechen angesehen wird. Der Schulleiter J. D. Tate wurde aufgefordert, abzutreten, weil er von Evolution in seiner Klasse gesprochen hatte.

Vor einigen Tagen hatte die Schülerin Elizabeth Walker um Aufklärung über eine Frage ersucht, die in einer Bildungsprüfung der Universität Tennessee enthalten war. Die Frage lautete: „Was ist der Unterschied zwischen Revolution und Evolution?“

Der Lehrer wies sie an, im Wörterbuch nach der Bedeutung des Wortes „Evolution“ nachzusehen, wo es mit „Entwicklungsprozess“ definiert war. Tate gab ihr zwei Beispiele von Evolution in der Definition des Wörterbuches, die Entwicklung des Glühlichts bis zum Scheinwerfer und die Erlangung höherer Typen von Tieren durch Züchtung.

Elnige der Schulkinder, die wahrscheinlich Gespräche ihrer Eltern angehört hatten, wußten es aber besser. „Evolution heißt, daß der Mensch vom Affen abstammt“, sagte eines von ihnen. „Ich sagte ihnen dann“, erklärte Tate, „daß ein Mann namens Darwin über diese Theorie ein Buch geschrieben habe, daß aber noch niemand gesagt habe, daß diese Theorie wahr sei.“

Am nächsten Tage kam eine Gruppe empörter Eltern, alles führende Bürger in der Gemeinde, und erhoben Beschwerde darüber, daß das Wort „Evolution“ in der Klasse erwähnt worden sei. Als sie vom Oberlehrer gefragt wurden, ob sie wußten, was Evolution sei, erklärten sie, daß sie das nicht wußten und auch nicht wissen

wollten, und sie wollen auch nicht, daß ihre Kinder etwas darüber erfahren. Tate wurde daraufhin um seine Abankung ersucht.

Ein Erbschaftschwindel in Köln

Earg und Gruft erbrochen.

Aus Köln wird berichtet: Um sich Geld zu verschaffen, schwindelten der „Rechtskonsulent“ Wilhelm G r ü m m e r und der „Helfer“ Fritz F a i t e n r a t h Leuten vor, daß ein Familienmitglied Anspruch auf ein Millionenerbe habe. Das Geld liege auf einer Frankfurter Bank, die Herbeischaffung der zur Geltendmachung der Ansprüche erforderlichen Papiere sei aber mit Geldkosten verknüpft, weshalb die Betrüger den Leuten Vorhülle bis zum Betrage von 1500 Mark abnahmen. Um die Leute willfährig zu machen, wurden spiritistische Sitzungen veranstaltet, in denen der erwähnte „Helfer“ erklärte, daß die erforderlichen Schriftstücke sich auf einem hiesigen Friedhof befänden. Es wurde auf dem Friedhof eine Zusammenkunft der Beteiligten herbeigeführt, bei der der „Helfer“, der sich vorher über die Lage der Gruft und der eingestellten Särge unterrichtet hatte, eine bestimmte Familiengruft und einen darin befindlichen Sarg bezeichnete, in dem die Schriftstücke liegen sollten. In einer Nacht kurz nach dieser Sitzung gingen dann die Beteiligten zum Friedhof und erbrachen Gruft und Sarg. Schriftstücke waren natürlich nicht darin vorhanden. Die Beteiligten wurden festgenommen.

Zwei Greifinnen verbrannt

In M e t z o m i t h D. S. versuchte die 72 Jahre alte Witwe Jolla mit Spiritus Feuer im Ofen anzumachen. Dabei explodierte die Spiritusflasche und die brennende Flüssigkeit ergoß sich auf die Kleider der Frau. Diese erlitt so schwere Brandwunden, daß sie nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus unter entsetzlichen Qualen verstarb. Die 71 Jahre alte Frau St. in K l o b n i t z, Kreis Cosel D. S., die an Herzensschwäche litt, begab sich am Sonnabend in einem Au-

fall in den Keller, wo sie ihre Kleider mit Petroleum beleg und re- angündete. Die Belegenswerte erlitt sehr schwere Brandwunden, an denen sie in der Nacht verschied.

Neubau-Einsturz in Rassel

21. Rassel, 25. Januar. Mittwoch vormittag gegen 10,15 Uhr stürzte plötzlich in Rassel-Bettenhausen ein Neubau des Warenhauses Rudolf Rassel mit lautem Getöse zusammen. Von den zusammenstürzenden Betondecken wurden drei Arbeiter erschlagen. Während zwei von ihnen mit leichten Verletzungen geborgen werden konnten, liegt ein Arbeiter, der im Keller beschäftigt war, noch unter dem Trümmerhaufen. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt.

Zum Eisenbahnunglück in Gressenberg i. Schl., über das wir vor einigen Tagen berichteten, läßt die Reichsbahndirektion eine ellen- lange Erklärung los, in der sie die Anwendung der veralteten Kartungstafel, die neben der ungeschlossenen Schranke das Unglück verursachte, zu rechtfertigen und alle Schuld abzuwälzen sucht.

Schwerer Gruben-Zugstoß in einer Braunkohlengrube. — 21. Bochum, 25. Januar. Heute vormittag ist in der Braunkohlengrube Friedländer im Abruam-Betrieb der Braunkohlen- und Beileitindustrie-N. G. ein leerer Kohlenzug mit einem in voller Fahrt befindlichen beladenen Kohlenzug zusammengestoßen. Der An- stöß war so heftig, daß die Führerhände beider Lokomotiven in- einandergebrochen wurden. Auf der einen Lokomotive wurde der Lokomotivführer und der Heizer ge- tötet, auf der zweiten der Lokomotivführer schwer verletzt und der Heizer erlitt einen Verrennen. Die Leichen der beiden Getöteten mußten mit Schneidbrennern aus den ineinandergeschobenen Maschinen herausgeschlitten werden. Die berg- bauliche Untersuchung findet erst am Donnerstagvormittag statt.

Erdbeben bei Wien. — 21. Am Mittwochabend, um 21,12 Uhr, wurde in sämtlichen Bezirken Wiens ein Erdbeben verspürt, das

die Fenster zum Klirren brachte. Die Seismographen zeigten stark- ausschläge. Es handelt sich um ein Ka h e b e n, dessen Erd in dem seit zwei Monaten nicht zur Ruhe gekommenen Gebiet von Schwab- dorf liegen dürfte. In Schwab d o r f selbst wurde das Beben fünf Sekunden lang am stärksten verspürt. Bisher sind keine Schaden- meldungen eingelaufen.

Schweres Hochspannungunglück. — 21. Mailand, 25. Jan- uar. An der Pute Malland-Saronno in Novato kamen bei dem Umstellen von Masten der elektrischen Hochspannungsleitung sechs Fontaine mit der Stromleitung in Verbindung. Zwei wurden sofort getötet, ein dritter lebensgefährlich verletzt. Die drei anderen Arbeiter erlitten schwere Brandwunden.

Unwetter in England. — 21. London, 25. Januar. Ueber verschiedene Teile Süd- und Mittel-Englands ging gestern ein Orkan hinweg, der zehn Minuten andauerte und sehr bedeutenden Schaden anrichtete. Zwei Männer wurden durch herabstürzende Gegenstände getötet und mehrere Autos und andere Fahrzeuge wurden umge- worfen. Der Orkan erreichte stellenweise eine Geschwindigkeit von 70 Meilen in der Stunde. Im Kanal von Man ch e s t e r sind gestern infolge eines durch den Sturm verursachten Zusammenstoßes zwei Barkassen gesunken. In Wales ereignete sich ein schwerer Erd- r u t s c h, durch den der lokale Eisenbahnverkehr unterbrochen wurde. Die Ursache ist an verschiedenen Stellen über ihre Ufer getreten.

Schwere Schäden durch den Tornadob in Amerika. — 21. Berlin, 25. Januar. Von dem Tornadob, der am Mittwoch ganz Ost-Tennessee verwehte, wurden, wie die Berliner Blätter aus Newyork ergänzend berichten, auch in weiteren Ost- und Süd- staaten schwere Schäden angerichtet. Zahlreiche Gebäude wurden zer- stört und die Telegraphen-, Telefon- und Lichtleitungen teilweise unterbrochen. In Newyork wurde ein auf dem Dache eines Hauses aufgestellter Wassertank von dem Orkan umgerissen. Der Tank durchschlug vier Stockwerke. Man befürchtet, daß unter den Trümmern mehrere Personen begraben worden sind. Auch die Schiff- fahrt ist durch den Orkan stark behindert. Aus Astona (Penn- sylvanien) wird berichtet, daß Ch a m b e r l i n, der trotz des Orkans seinen Rundflug fortgesetzt hatte, eine Notlandung vornehmen mußte. Eine der Tragflächen wurde bei der Landung beschädigt. Der Piloter ist unverletzt.

Aus den Gewerkschaften

Landarbeiterstreik abgelehnt!

Der für die schlesischen und ober-schlesischen Landarbeiter gefällte Lohnstreik ist infolge seiner völligen Unzulänglichkeit von der Gewerkschaft des L. A. einstimmig abgelehnt worden. Die Gewerkschaft haben im nachträglich angenommen und seine Verbind- lichkeitserklärung beantragt. Die sehr bescheidenen Forderungen des L. A. auf Erhöhung des Barlohnes sind: für den Stundenbarlohn bei verheirateten Lohnarbeitern und Ackerbauern 15 Pf., der Depu- tiertenfrauen, Sozialarbeiterinnen über 17 Jahre 30 Pf., für Frei- arbeiter und Hausfrauen über 20 Jahre 42 Pf., für jugendliche Arbeiter 18-35 Pf., Landarbeiter in gehobenen Stellungen sollen neben dem Normallohn mindestens 70 Proz. Barlohn mehr als der Landarbeiter- Lohn erhalten. Für ausstillweises Pferde- fesseln und Füttern ist je Woche und Gespann 2,50 Mark zu zahlen. Vom 15. Juli an ist auf die Dauer von sechs Wochen eine tägliche Erntenschädigung in Höhe von 40 Pf. für alle Männer über 20 Jahre und 20 Pf. für alle übrigen männlichen und weiblichen Beschäf- tigten zu zahlen.

Die Gewerkschaften lehnen den Beschluß, den Arbeitsminister auf- zufordern, den Streik nicht für verbindlich zu erklären. Das Scheitern der letzten Reichstagssitzung des Reichstages zu sein. Landarbeiter, fordert von der Gewerkschaft die sofortige Organisierung des offenen Kampfes um die aufgestellten Mindestforderungen!

Landeskonferenz der Erwerbslosen

am Sonnabend, dem 11. Februar 1928, nachmittags 1,30 Uhr, und Sonntag, dem 12. Februar 1928, vormittags 10 Uhr, in Breslau, Lokal von Klemmer, Kreuzstraße, Ecke Sternschanze.

Tagesordnung der Konferenz:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Aussichten für die Erwerbslosen. Referent: Reichstagsabgeordneter Hädel.
2. Die Auswirkungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Referent: Vertreter des Reichsausschusses der Erwerbslosen.
3. Bericht des Landesauschusses der Erwerbslosen.
4. Anträge und Wahlen.

Delegationsmodus:

Breslau: auf je 3000 Erwerbslose ein Delegierter. Provinz: a) für Orte bis zu 1000 Erwerbslosen: bis zu 300 Erwerbslosen ein Delegierter; für jede weiteren 300 Erwerbslosen ein weiterer Dele- giert. b) für Orte mit über 1000 Erwerbslosen: für je 400 Erwerbslose ein Delegierter, bis zur Höchstzahl von fünf Delegierten.

Bei mehr als zwei Delegierten sollen sich unter den weiteren Delegierten Vertreter der Frauen, der Jugendlichen, eventuell der Tagelöhner, befinden. Reisende sind berechtigt, einen eigenen Vertreter zu entsenden.

Die Delegierten müssen bis zum 4. Februar an den Landes- ausschuss der Erwerbslosen (z. B. H. H. H. H., Breslau 10, Schief- werstraße 6) gemeldet werden.

Wer kritisiert, wird abgefragt

Generalversammlung der sächsischen Arbeiter in Cappel.

(Von unserem Gewerkschafts-Berichtshatter.)

Während der Reformen wurden zu der Generalversammlung am Sonntag die sorgfältigsten Vorbereitungen getroffen. Es galt, den der Gewerkschaft sowie den Verwaltungen der sächsischen Betriebe zu radikal erweichenden Gewossen Schulz zu befehlen. Die Kollegen wurden schon vorher bearbeitet. Nach der Bekanntgabe der Tages- ordnung sprach Kollege Schulz zum Ablauf des Beschlusses. Der amtierende Gewerkschaftsleiter Bissger, der wegen dauer- hafter Nichterfüllung des Gewossen Schulz im vergangenen Jahre die Generalversammlung heraufbeschwor, bis Schulz endlich be- fähigt wurde, erließ darauf das Wort. Mit Hilfe einer Proklam- ation versuchte er den bescheidenen Lohnarbeitern zu loben, hatte sonst nur nichtssagende Worte und schrie an, daß in dieser Woche eine Besprechung über die Aufhebung der Beschlüsse stattfinden. Er möchte dazu den Vorständen der Filiale zuziehen, aber wenn Schulz wieder- gerufen würde, gelte das nicht (1), da die Verwaltung nicht mit ihm verhandelt, weil er nicht in einem sächsischen Betriebe steht.

In der Diskussion stellte Kollege Schulz fest, daß es auch die Schuld der Gewerkschaft sei, wenn er zu Verhandlungen nicht zu- gelassen wird. Die Gewerkschaft habe sich nicht die nötige Mühe gegeben, insbesondere bei der zünftigen Lohnbewegung. Da haben die „Vertreter der Arbeiter“ trotz der großen Not nichts verlangt, haben gerügt, daß die Kollegen selbst an die Stadtparlamente gingen, um etwas zu erreichen, und haben sich auf die Gnade der Unternehmer verlassen. Jetzt müssen wir schon die nächste Lohnbewegung vorbereiten und kurzen Tarif abschließen, uns nicht mit dem Schlichtungsschwindel abgeben, sondern kämp- fen. Die weiteren Diskussionen stimmten der Kritik des Kollegen Schulz zu. Im Schlußwort versuchte der Gewerkschaftsleiter vergeb- lich, die erhobenen Vorwürfe als Lügen hinzustellen. Aus dem Ge- schäftsbericht war ein großer Auftrieb unter Führung der oppositio- nellen Gewossen festzustellen. Die Filiale wurde nach einer Krise, hervorgerufen durch den damaligen jetzt schon ausgeschlossenen ersten Vorsitzenden (E. D. Mann) durch Gewossen Schulz am 29. Juli 1927 vollkommen zerrüttet, mit 106 Mitgliedern übernommen. Das gewerkschaftliche Leben konnte gehoben werden, in die Lohnbewegung wurde durch dauernde Anträge und Wieder des Kampfeswillens eingegriffen und im Verein mit der SPD-Stadtverordnetenfraktion wurde trotz Sabotage der Gewerkschaft eine einmalige Wirtschaft- beihilfe in Höhe eines Monatslohn für 1928 erreicht. Der Mitglieder- bestand wurde im Laufe des Jahres von 108 auf 176 gebracht. Der Klassenbericht wurde nur für das letzte Quartal gegeben, an ihm war nichts anzusetzen.

In der Diskussion ergriffen sieben Kollegen das Wort. Zwei Kol- legen traten gegen Schulz auf, weil er nicht im Betrieb stehe und keine Arbeit angeblich nur im Auftrag der Partei mache. Ins- besondere gefährlich war Kollege P a n i a aus dem G. B., obwohl seine Betriebsratsstellen einfach niederlegte und sich 30 Marken durch die Filiale streichen ließ. Die anderen Kollegen erkannten an, daß die Leitung gute Gewerkschaftsarbeit geleistet hatte. Bei der Neuwahl verhandelte der Gewerkschaftsleiter mit den demagogischsten Mitteln die Wiederwahl des Kollegen Schulz zu verhindern.

ADP-Ortsauschussführung in Jauer

Auch Unorganisierte müssen durch die Gewerkschaftssekretäre vertreten werden.

(Von unserem Gewerkschafts-Berichtshatter.)

Nachdem die Sitzung, welche immer am ersten Donnerstag eines jeden Monats förmlich im zweimal hinausgeschoben wurde, fand sie nun endlich am Mittwoch statt. Grund für die Verzögerung war, daß der Kollege Wierisch, der doch unbedingt bei der ersten Sitzung im neuen Jahre anwesend sein sollte (ob man Befürchtungen wegen der Neuwahl hegte und aus diesem Grund Wierisch reformmandierte? D. A.) verhindert war. Nun endlich war Kollege Wierisch erschienen, aber ein Teil der Delegierten fehlte. Jemand hatten sie den Weg zum „Grünen Adler“ unklar gemacht, man wollten sie sich nicht mehr nachführen lassen. Eine Benachrichtigung der Delegierten kann man nämlich in Jauer nicht. Wer nicht zufällig das SPD-Blättchen liest, der wird, trotz gegenteiligen Beschlusses der Delegierten, im Dunkeln gelassen. Zum ersten Punkt referierte Kollege Wierisch. Er

Arbeiterkorrespondent, merke es Dir!

1. Nur mit Tinte, höchstens mit Bleistift, aber nie- mals mit Linten- oder Kopierstift schreiben.
 2. Jedes Blatt darf nur auf einer Seite beschrieben sein.
 3. Schreibe Namen, Adressen und Zahlen recht deutlich, denn der Setzer kann nicht alles erraten.
 4. Vergiß nicht, Namen und Adresse anzugeben. Ein- sendungen ohne Unterschrift können wir nicht veröffent- lichen, da sie schwer nachzuprüfen sind.
 5. De mündliche Nachforschungen notwendig oder andere Schwierigkeiten zu überwinden sind, so sei nicht gleich er- löst, wenn Deine Aufschrift nicht sofort am nächsten Tage erscheint.
- Unser Raum in der Zeitung ist beschränkt, deshalb keine Allgemeinheiten, sondern nur Tatsachen schreiben. Adressiere stets an: Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Wichtige Ereignisse teile der Redaktion telephonisch, tele- graphisch oder per Gübriz mit.

führte im wesentlichen folgendes aus: In der Gewerkschaftsbewegung, die im dritten Quartal 1926 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, machte sich 1927 ein Aufschwung bemerkbar. Es steht wieder vor- wärts! — Die Konjunktur im verflochtenen Jahre war gut; doch dürfte die Metallindustrie in den nächsten Jahren nicht entwicklungs- fähig sein. Dieser werden auch vielzuviel Begehren zugesprochen. Infolge der schachtigen Anteilspolitik, welche wohl Anstandslos für die Industrie, aber keine für die Gemeinden genehmigt, ist es möglich, daß wir mit einem Konjunkturrückschlag zu rechnen, haben. — In der gewerkschaftlichen Bewegung steht Schlesien an letzter Stelle; doch wenn die Bewegung überall so gut wäre wie in Striegau-Jauer, dann würde Schlesien mit an erster Stelle marschieren. Kellweise ist es jedoch noch so, daß die Bewegung durch die Gewerkschaften gestützt werden muß. Besonders Ober-Schlesien mit seiner Massen- herrschaft wird noch lange ein Schmerzenskind bleiben. Der Umsatz der Konsumvereine beträgt täglich 1 000 000 Mark, doch mühten es eigentlich 12 000 000 Mark sein. — Bezüglich der „Vollstufzorge“ lasten Schlesien zufrühen sein. Mit 153 000 Versicherten steht es an erster Stelle in Deutschland. Auch die Arbeiterbank hat zufrieden- stellende Resultate gestellt. Die Unternehmungen des ADP (Europa, Lindlar-Fahrradwerke) müssen von der organisierten Arbeiterschaft mehr beachtet werden. Wenn zwischen den Lindlar- Fahrradwerken und dem Fahrradhaus „Frisch auf“ ein Konflikt bestehe, so treffe die Schuld daran das Fahrradhaus „Frisch auf“. Es steht letzterem frei, in irgendeiner Form sich an dem Unter- nehmen zu beteiligen.

Ein Erfolg für die Arbeiterschaft seien die Arbeitsgerichte und die neugeschaffenen Arbeitsämter (und Landesarbeitsämter). Bei der Vertretung der Arbeiter durch Sekretäre werden sich auch viele Unorganisierte für die Gewerkschaften gemühten lassen. Kollege Wierisch beschäftigte sich damit längere Zeit mit den Ortsauschüssen, welche, obwohl kein Geld vorhanden ist, doch durchaus ein Gewerkschaftshaus haben wollen (auch Jauer gehört zu diesen D. A.). Es gehe natürlich nicht an, zum Kauf oder Bau eines Gewerkschaftshauses Gelder vorzuschicken, wenn nicht schon ein Grundstück vorhanden ist. Die Frequenz muß gesichert sein, das heißt, der Umsatz muß so groß sein, daß die Tilgung der Pfinsen und Anteile möglich ist. Als Umsatz pro Woche und Mitglied darf aber nicht mehr als 50 Pfennige bis 1 Mark angesetzt werden. Wenn, wie in manchen Städten, ein Umsatz von 4 Mark pro Woche erreicht werden müsse, kann natürlich an ein Eigenheim nicht gedacht werden. — Um einen Gewerkschaftshausfonds aufzubringen, wird der Vor- stand des Ortsauschusses in der nächsten Sitzung Vorschläge unter- breiten.

Der Jahres-Kartenbericht konnte infolge Erkrankung des Vor- standes nicht gegeben werden. — Der Gewerkschaftssekretär wurde im Berichtsjahre von 208 organisierten Kollegen und 115 Unorganisi- sierten in Anspruch genommen. Mündliche Auskünfte wurden 107 erteilt, Schriftsätze 332 angefertigt. In 39 Versammlungen wurden vom Gewerkschaftssekretär Referate gehalten. Die Mitglieder- zahl der dem Ortsauschuss angeschlossenen Gewerkschaften ist im letzten Jahre um fast 400 gestiegen. Bei den Neuwahlen wurden in der Vorstand und die einzelnen Ausschüsse die alten Kollegen wieder- gewählt.

Opposition im Einheitsverband Oppeln sigrreich

In der Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisen- bahnner Deutschlands, Ortsgruppe Oppeln, am vergangenen Sonntag wurde der bisherige Vorstand, der sich aus Komunisten, einem Parteilosen und keinem Sozialdemokraten zusammensetzt, einstim- mig wiedergewählt. Eine Protestresolution gegen den Aus- schluß der oppositionellen Kollegen in Königsberg durch den Hauptvorstand fand gegen eine Stimme Annahme.

In der Generalversammlung der Oppelner Fabrikarbeiter war aus dem Geschäftsbericht zu ersehen, daß ein Zuwachs an Mitgliedern im Vorjahre erfolgt ist. Auch in der Kasse ist eine Verbesserung ein- getreten. In der Debatte machte ein Kollege der Glasindustrie den Vorschlag auf Erhöhung der Beiträge in der Zementindustrie. Dies mußte aber abgelehnt werden, da die Löhne der Zementarbeiter bedeutend schlechter sind, als die Glasarbeiter. Der neugewählte Vor- stand setzt sich aus drei Sozialdemokraten, zwei Kommunisten und einem Parteilosen zusammen. Anschließend wurde ein Vortrag ge- halten, dessen Sinn und Zweck vielen Kollegen unverständlich war. Notwendig ist, einmal über den „Weg aus dem Elend“ zu sprechen.

Die Jahresversammlung der graphischen Hilfsarbeiter in Bres- lau fand am vergangenen Sonntag im „Fürstentum“ statt. Ein An- trag des Kollegen Barth auf vierteljährliche Erstattung des Tätig- keitsberichtes wurde angenommen. Die Frage der Entschädigung für die Verwaltung war Gegenstand lebhafter Debatte. Kollege Pfeiler schlug vor, die Entschädigung um 50 Prozent zu erhöhen. Auf An- trag des Kollegen Barth wurde beschlossen, eine Erhöhung nicht vor- zunehmen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege K e i s m a n n (SPD.) und zum 2. Kollege B a r t h (SPD.) gewählt. G r e i l blieb Schrift- führer, H o h a u s wurde Kassierer. — Im weiteren Verlauf wurde über die Gründung einer Stierelasse gesprochen. Die Opposition lehnte sie ab. Trotzdem verhandelte der Gewerkschaftsleiter ein- mal eine „Kanon“ aus Waldenburg der Mehrzahl der Mitglieder ihre Notwendigkeit beizubringen. Der Versammlung schloß sich ein gemühtliches Beisammensein an.

Rußlandbericht in Schmiedeberg. Am 21. Januar hielten die Glasarbeiter eine öffentliche Betriebsversammlung ab, in der Kollege M a t t e r n über Rußland sprach. Er stellte fest, daß in Ruß- land die Lage der Arbeiter besser ist als in allen anderen Staaten. Zum Beispiel: der Achtstundentag ist Gesetz, Schwerarbeiter und alle in gesundheitsgefährlichen Betrieben Beschäftigten arbeiten nur sechs Stunden pro Tag. Die Löhne sind so hoch oder noch höher als in Deutschland. Soziale Kosten hat der Arbeiter in Rußland keine zu tragen, und doch werden soziale Einrichtungen geschaffen. In der Schule ist der Religionsunterricht unterbunden. Die restlose Enteignung sei durchgeführt, wo früher die Besitzenden lebten, erholten sich jetzt die Arbeiter und Bauern. Rußland ist ein richtiger Arbeiterstaat. Im Falle eines Krieges gegen Rußland muß jeder Arbeiter diesen Staat schützen. Mit großer Schwermut haben die Glasarbeiter diese Versammlung zustandegebracht, da sie von allen Seiten sabotiert wurde, hauptsächlich von der SPD. Trotzdem wird die Arbeit über Rußland durchgeführt.

Genossen berichtet fleißiger!

Schwarz-blaue Gemeinschaftsliste zur Stadtratswahl!

Am heutigen Donnerstag findet in der Stadtverordnetenversammlung die Wahl von drei neuen unbesetzten Stadtratsstellen...

Damit haben sich die schwarz-blauen Brüder offiziell zu dem hinter den Kulissen schon lange bestehenden Bürgerblock zusammengeschlossen...

Eine Kinogesellschaft, die ihre Monopolstellung mißbraucht

Sechs Kinos, die auf Arbeiterbesucher keinen Wert legen

Die Kosmosfilmgesellschaft, Inhaber Gebrüder Hirschberg, hat mit Hilfe einer Breslauer Bank eine Anzahl Kinos teils käuflich erworben, teils neu gegründet...

Ein Berichterstatter der „Volksmacht“ wurde in derselben Weise behandelt, und das genannte Blatt hat angekündigt, daß es die Berichterstatter über die Filme in den genannten Kinos bis auf weiteres einstellen wird...

Neue Schleusenanlagen bei Kanfern?

Am Dienstag wurde im Verkehrsamt der Reichstages der Bericht der Arbeiten betreffend die schlesischen Wasserstraßen entgegengenommen...

100.-Feier des RZMB.

Im „Bergeller“ fand gestern die 100.-Feier des RZMB statt. Der kleine Saal war wirtungsvoll beleuchtet...

Güterwagen entgleist! Gestern morgen entgleisten an der Unterführung Sträßschener Straße zwei Wagen eines Güterzuges...

Zimmer wieder unästhetische Verhältnisse. Von der Kriminalpolizei wurde ein Mann festgenommen, der Schülerkassen einer höheren Lehranstalt unästhetisch belästigt hat...

Fahradiebstahl. Gestern stahl ein Mann einem erwerbslosen Arbeiter in einem unbewachten Augenblick das Fahrrad...

Straßenbahnfahrmarkenausgabe. In dem Grundstück Elisabethstraße 4 wird eine weitere Ausgabestelle für Fahrkarten der städtischen Straßenbahn eröffnet...

Geschlechtskrankheiten-Vorträge für Arbeitslose. Das Arbeitsnachweiskamt veranstaltet in Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vier Vorträge...

Keine Lust mehr zum Leben

Jeder Tag bringt neue Selbstmordfälle. Bei dem einen gelangen sie, bei dem anderen bleibt es beim Versuch...

Ein „selbsttätiger Sünder“

Wir meldeten gestern die Verleumdung des aus dem Untersuchungsgefängnis entwichenen Mordelbener...

Er wollte Millionen verdienen

Vielleicht kann sich der eine oder andere unserer Leser noch erinnern, daß vor längerer Zeit der Sparassenssekretär Eulich wegen größerer Betrügereien verhaftet worden war...

Selber eingekommen wären, und dann hätte er die geborgten Summen zurückzahlen können. Er erreichte sein Ziel, denn man begann an seiner Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln...

Keine Entschädigung für un'schuldige erlittene Untersuchungshaft für Arbeiter

Man schreibt uns: Im März v. J. wurde der Arbeiter W. P. plötzlich verhaftet und beschuldigt, in Gemeinschaft mit zwei anderen Tätern einen Diebstahl ausgeführt zu haben...

Der un'schuldige verhaftete gewesene Arbeiter wird also obenstehend nicht verhöört. Seine Freiheit ist nicht die seelischen Qualen, die er erlitten...

Im übrigen stellen wir fest, daß der Arbeiter W. P. auch erheblichen materiellen Schäden erlitten hat; er mußte seine Wohnmiete weiterbezahlen und geriet dadurch in Schulden...

Achtung! / Massen heraus! Achtung!

Am Freitag, 27. Januar, 19 1/2 Uhr, spricht in den „Zentralballsälen“, Westendstraße Reichs:agsabgeordneter Ottomar Geschke-Berlin über das hochinteressante Thema:

„Von Noske bis Groener“

Dazu Aufführung: ROTE REVUE Polit. Arbeitertheater, 21 Bilder, Film, Sprechchor Keine bloße Wiederholung / Neue Bilder!

Eintritt 60 Pfo. / Erwerbslose 30 Pfg.

Werttätige Breslauer! Am Freitag Parole: In die „Zentralballsäle“!

KPD., Ortsgr. Breslau RFB., Ortsgr. Breslau

Gewerkschaftshaus-Vorstellung. Im Zoologischen Garten können nicht die Hälfte der Urwaldtiere befreit werden...

Achtung! Handarbeit! Sämtliche Vertrauensleute der Kaufstellen erscheinen Sonnabend 19 Uhr zu einer sehr wichtigen Sitzung bei Wind, Mariannenstraße 16.

Achtung, erwerbslose Parteigenossen und RFB-Kameraden! Freitag, um 15 Uhr, im „Zur Hof“ Neue Antonienstraße, äußerst wichtige Sitzung.

Mittelschlesien

Bohe. Aufsehenerregende Ermittlung. Ein zwangswise aus der Wohnung gelesener Arbeiter erhielt von der Gemeinde für seine lebensfähige Familie eine verfallene Leerdachhütte...

Streichen. Töblicher Sturz. Als der 65 Jahre alte Hausmeister Heinrich Rinke abends die Haustür geschlossen hatte und in seine im Kellergehob befindliche Wohnung gehen wollte...

Die Verleumder. Das hiesige Reichsbanner hielt am Sonnabend seine Generalversammlung ab. In ihr sprach Steiner-Breslau über die Einstellung des Reichsbanners zum Wahljahr 1928...

Untererschlagung. Ein Angestellter des Baugeschäftes Kurasch hat in der letzten Zeit hohe Summen unterschlagen und ist flüchtig geworden. Die hiesigen Lokalzeitungen nennen nicht den Namen...

Brieg. Zu den Unterschlagungen bei der Reichsbank-Filliale. Großes Aufsehen hat hier die gestern bereits gemeldete Verhaftung des Reichsbankbeamten Haselbach erregt...

SFD-Kramer verbietet RFB-Veranstaltungen. Der RFB, Ortsgruppe Brieg, wollte in Verbindung mit dem RFB, Ortsgruppe den Saal schriftlich zugesagt...

Verbeveranstaltung. Am 28. Januar veranstaltet der Rote Frauen- und Mädchen-Bund eine Verbeveranstaltung. Genossin Dahnke-Breslau spricht über Hoesel und Ziel des RFB...

Waldenburger Bergland

Waldenburg

Schweres Sprengungslid. Ein folgenschweres Schiegunslid ereignete sich in der Mittagsstunde auf dem Bahnhofsplatz der Fürstlichen Gruben auf der Paul-Sohle. Dort waren von der Firma Kobbe die Dauer Otto Winkler und Hermann Wende, der Lehrling Alfred Kötter und der Schlepper Erich Schubert mit Gesteinsarbeiten beschäftigt. Als die Arbeiter nach Abgabe einiger Schüsse wieder an den Arbeitsort zurückkamen, ging plötzlich ein wahrscheinlich Sprengstoffschloß los. Die Wirkung war eine furchtbare. Bei einem Arbeiter lag die innere Organe bloß, während einem anderen Arbeiter ein Auge herausgerissen war. Ihr Zustand ist überaus bedenklich. Aber auch die anderen beiden Arbeiterlameraden wurden schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich verletzt. — Bei der gleichen Firma, die auch auf der Davidsgrube in Konradtsdorf Gesteinsarbeiten ausführt, vernichtete der Dauer Hermann Fischer dadurch, daß ihm ein großer Steinfiel, der sich aus dem Hangenden gelöst hatte, auf die Beine fiel und ihm schwere Quetschungen verursachte.

„Von Koste bis Oroner.“

Ueber dieses Thema wird am Freitag gesprochen in Waldenburg um 19.30 Uhr in der „Stadtbrauerei“.

Referent: Erich Hausen-Breslau.

Sorgt für einen guten Besuch!

Der Weistener Mieterverein gegen die Durchlöcherung des Mieterschutzes

Am Sonntag fand im Gasthof zum Deutschen Hause die Hauptversammlung des Mietervereins Weistenei statt. Der Jahres- und Kassenericht wurden gegeben. Mietgenosse Klein stellte den Antrag, eine Bibliothek anzuschaffen. Mietgenossen Erich sprach dagegen. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages. Nachdem die Vorstandswahl getätigt war, gab der Geschäftsführer Schubert einen Rückblick auf das Reichsmietengesetz von dem Wahljahr 1924 bis dato. Daraus war zu entnehmen, daß die reaktionäre Reichsregierung und der Minister Hirtfelder von Jahr zu Jahr die Rechte der Mieter schmälert haben. Heute kann man feststellen, daß das Reichsmietengesetz alles andere ist, nur nicht das, was es eigentlich sein soll. Mietgenosse Klein sprach in der Diskussion. Er kritisierte scharf das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei, welche sich nicht energisch genug für die wirkliche Beibehaltung des Reichsmietengesetzes für Mieter eingesetzt hat, da es dauernd mit dem Zentrum durch die und dünn gegangen ist mit dem Ziel, recht viel Futtertrümpfen zu erobern. Genosse Klein brachte zwei Resolutionen ein, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurden. Eine derselben soll an die Fraktion der SPD. und an die KPD. zugestellt werden, während die andere der Gemeindevertretung Weistenei unterbreitet werden soll. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen. — In den angenommenen Entschlüssen wird gefordert: Von der Regierung ein Gesetz zur Behebung der Wohnungsnot, Verwendung der Hauszinssteuer ausschließlich für den Hausbau, Verteilung der heillosen Mieter von jeder Mietssteuer, dafür stärkere Besteuerung der großen Luxuswohnungen. Von der Gemeinde Protest gegen die Regierungsvorlage, die eine weitere Durchlöcherung des Mieterschutzes bringen soll, und Forderung auf Wiederherstellung des Mieterschutzes in seiner ursprünglichen Form.

Sein eigener Richter. Einen Tag vor der Gerichtsverhandlung, in der gegen den Invaliden August Gungel wegen schwerer Eitelkeitsvergehen vor dem Schöffengericht Waldenburg verhandelt werden sollte, machte der Genannte seinem Leben vorzeitig durch Erhängen ein Ende. Die Angst vor der Strafe hat den 63jährigen Mann zu getrieben.

Eine Koste-Hilfe-Versammlung in Ober-Salzbrunn findet am Sonntagmorgen 2 Uhr im „Goldenen Frieden“ statt. Es spricht der Angehörige Genosse Max Vogel (SPD.) über „Was sagen die Sozialdemokraten über die russischen Gefängnisse?“ Vertretung der Ober-Salzbrunn, wolle ihr auch über diese Frage informieren. Dann folgt für einen Massenbesuch!

Für die proletarischen politischen Gefangenen sammeln die Kameraden der 7. Abteilung Erbitollen in ihrer Jahresversammlung 9.10.10. Das ist ein schönes Zeichen proletarischer Solidarität, insbesondere in Anbetracht der bekannten Hungerlöhne der Waldenburger Bergarbeiter.

Kameradschaft. Einen Familienabend veranstaltete das Lager 9 des Allgemeinen Konsumvereins am Sonntag, dem 22. Ja-

nuar, im Gasthaus „Goldener Frieden“, welcher mit Tanz, Besetzung und humoristischen Vorträgen ausgefüllt war. Geschäftsführer Thiele steuerte in einem kurzen Vortrag die Entstehung sowie die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung. Die Mitglieder erhielten gratis vom Konsumverein Kaffee und Gebäck, während die Genossen mit zwei Zigaretten bedacht wurden. Lange vermachte die zahlreich erschienenen Genossenschaftler in fröhlicher, bester Stimmung beisammen zu sein. Zu wünschen wäre, daß ein solcher Familienabend alle Jahre veranstaltet würde, damit der Genossenschaftsgedanke unter den Einwohnern weiter fortgeschritten möchte.

Seitenort. Ein „netter“ Gemeindevorsteher. Ein Erwerbsloser schreibt uns: Nach dem Gesetz gilt der Erwerbslose als vollberechtigtes Mitglied der Krankenkasse. Dies scheint der Gemeindevorsteher Dielschke nicht zu wissen. Er verbietet, den Büroangestellten Kurzschnitte auszustellen. Er ist der Meinung, daß die Erlangung des Kurzschnittes nur von höherer Instanz (Arbeitsamt usw.) erfolgen kann. Für Herrn Dielschke wäre es ratsam, das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz zu studieren.

Freiburg

Ein Sozialdemokrat spricht! Am Freitag, um 19.30 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung der roten Hilfe im Gasthof „Zum Blicher“ statt. Thema: „Was sagen die Sozialdemokraten in den russischen Gefängnissen?“ Referent ist der Angehörige sozialdemokratische Genosse R. Vogel. Arbeiter, erscheint in Massen. Eintritt 10 Pfennig.

Polskij. Ein Loblied auf das famose Erwerbslosenversicherungsgesetz können auch die hiesigen Erwerbslosen singen. Ist es doch keine Seltenheit, daß Anträge auf die gesetzlich zustehende Erwerbslosenunterstützung Monate lang, ehe sie erledigt werden. Auf Grund dessen ist die Gemeinde verpflichtet, an die Erwerbslosen Vorschüsse zu zahlen. Oder sind die Herren im Verwaltungsausschuß der Meinung, die Erwerbslosen leben während dieser Zeit von der Luft? Auch die letzte Gemeindevertreterwahl nahm hierzu Stellung und faßte einstimmig den Beschluß, eine Beschwerde an den Landrat zu richten, damit derartige Zustände ein Ende nehmen.

Schweidnitz

„Rote Zuzig — roter Terror!“ Am Freitag, dem 27. Januar, veranstaltet die Koste-Hilfe-Ortsgruppe Schweidnitz eine öffentliche Volksversammlung, und zwar um 20 Uhr in der „Stadt Breslau“. Thema: „Rote Zuzig — Roter Terror.“ Als Referent erscheint der Genosse Bier (SPD. Breslau). Genosse Obier ist Betriebsrat bei der Straßenbahn, ferner Teilnehmer der letzten Delegation, die anlässlich der Jahressitzung der Sowjetunion in Rußland war. Arbeiter von Schweidnitz! Erscheint in Massen! Zur Deduktion der Unkosten werden 15 Pfennig Eintritt erhoben.

Zur Anschaffung empfohlen! Der KPD-Kamerad Parisch verkaufte am Sonnabend und Sonntag 150 „Arbeiter-Zeitungen“, 15 „Rot-Front-Zeitungen“, 20 „M. F. Z.“ und warb 20 Abonnenten für die „M. F. Z.“. So bleiben die anderen Genossen?

Etwas vom Vertrauensarzt. Unser Arbeiterkorrespondent schreibt: Wie überall, so bedienen sich auch die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Krankenkassen des Kreises Jauer eines „Vertrauensarztes“. Als Vertrauensarzt der Arbeitsgemeinschaft fungiert der Generalarzt Dr. Kerber, welcher auch bei Rentenverfahren Versorgungsansprüchen usw. von den betreffenden Instanzen in Anspruch genommen wird. Dr. Kerber, dessen Pension gewiß nicht zu niedrig bemessen ist, hat also einen ganz hübschen Nebenverdienst; er erhält für die Unterzeichnung eines Kassenmitgliedes 4 Mark, während die Kassenärzte nur 2 Mark erhalten. Schon der Titel dieses Vertrauensarztes läßt ja mit ziemlicher Sicherheit auf die Methoden des Herrn schließen. (Während des Krieges waren die Militärärzte unter einem recht bezeichnenden Namen bekannt: D. V.) Hier kurz etwas über die Praktiken des Herrn Generalarztes. Die Betriebskrankenkasse der Schallischen Granitsteinbrüche schickte vor kurzem 41 Kranke zum Vertrauensarzt. Von diesen wurden 30 Kranke für arbeitsfähig erklärt, darunter solche, die nach einigen Stunden sofort den Arzt wieder anrufen mußten und bei denen sich auch der Saie überzeugen konnte, daß die Leute wirklich krank waren! Selbst der Geschäftsführer der Kasse, der gewiß nicht als arbeiterfreundlich angesehen werden kann, ärzte hierbei, er konnte nicht verstehen, wie man einen derartig kranken Menschen einfach gesund schreiben kann. Von einem wirklichen Vertrauensarzt habe er etwas anderes erwartet! In einem anderen Falle unterließ es der Vertrauensarzt, dem Arbeiter mitzuteilen, daß er ihr „gesund gemacht“ habe. Infolgedessen erhielt der Betreffende für einige Tage kein Krankengeld.

Kosten Hilfe sind herzlich eingeladen. Desgleichen laden wir auch die ein, die das Wirken der großen Führer unterstützen. — Roter Frauen- und Mädchen-Bund, Ortsgruppe Penzig O.

Das Penzger Mudertum geht gegen Lehrer Hampel vor. Zu dem gestern gemeldeten „Fall Hampel“ erfahren wir, daß von Seiten des evangelischen Elternrates und der Lehrerschaft Listen zum Ein sammeln von Unterschriften herausgegeben wurden, um Hampel von hier zu entfernen. Man glaubt, ist dieser erst beseitigt, so hat man auch der weltlichen Schule den Hals gebrochen. Das muß unter allen Umständen verhindert werden, und sind wir bereit, den Kampf anzunehmen. Wir erwarten, daß selbstverständlich von Arbeitern keine Einzelaktionen erfolgen. Im übrigen verweisen wir auf die am Freitag in der „Krone“ stattfindende Einwohnerversammlung, wo zu der Frage der weltlichen Schule Stellung genommen wird. Wir ersuchen alle Werttätigen, zahlreich zu erscheinen.

Nieskyer SPD. gegen „Genossen“ Koste. Vorige Woche fand eine Funktionär-Versammlung der SPD. statt, die gegen die Reichstagskandidatur von Koste Stellung nahm. Die prominenten örtlichen Größen gingen wie die Kage um den heißen Brei, um schließlich zu „protestieren“, weil ihnen der Wahlerfolg gefährdet scheint. Es ist bezeichnend, daß man diese Sache nur im engsten Funktionärskreis regelt. Das blinde Vertrauen, das die Mitglieder dem Parteivorstand entgegengebracht hatten, ist verschwunden, da auch sie die offizielle Futtertrümpfen-Wirtschaft endlich gemerkt haben. Siehe im örtlichen Maßstab: Arbeitsamt Niesky: Barthel und Niems; Arbeitsamt Rothenburg: Rumkopf; Arbeitsamt Niesky: Lehmann; Arbeitsamt Muskau: Krause; Arbeitsamt Weißwasser: Wolf; und die besoldeten Posten fast aller Krankenkassen. Wie im Großen, so im Kleinen. — rhu in den „Stadt“! Nur merkt die Arbeiterschaft nichts von sozialdemokratischer Postenbesetzung und deren Auswirkung.

Lauban

Lumpenstück von Autobanditen. Auf dem Wege zur Fortbildungsschule wurde in Sächl.-Haugsdorf der 15jährige Landwirt John Art von einem Kraftwagen angefahren und an einen Schiffsbaum geschleubert. Art erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Der Kraftwagen ist unerkannt entkommen.

Sagan

Große öffentliche Versammlung. Freitag 20 Uhr im „Volkshaus“ öffentliche Versammlung. Thema: „Der bevorstehende Kampf der Saganer Textilarbeiter und was bringt das Wahljahr 1928 den Arbeitern?“ Referent: Genosse Müller-Berlin. Eintritt 10 Pf.

Goldberg-Haynau

Nicht mehr Mitglied. Die unterzeichneten Organisationen geben bekannt, daß der Kriegsinvalide Richard Burghard nicht mehr ihnen angehört.

Generalversammlung der Freidenker. Am Sonntag, dem 29. Januar, im Volkshaus, großes Zimmer, Generalversammlung der Freidenker. Es ist Pflicht aller Genossen, sich ausnahmslos zu beteiligen, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden.

Plötzlich Tod. Als sich am Montag ein polnischer Landarbeiter aus Schellendorf zur Behandlung zu einem hiesigen Arzt begab, fiel er beim Betreten des Sprechzimmers plötzlich vom Schläge getroffen tot nieder.

Bunzlau

Petri in der Ironie. Der Oberprimar Petri von hier, der den Mord an der Schülerin Gunkel begangen hat, wurde am Montag in die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Lüben überführt, wohin er sich freiwillig begeben wollte.

Liegnitz

Zwei Eisenbände. Dienstag früh brannte die mit reichen Erntevorräten und Maschinen gefüllte Scheune des verpachteten Stadtdigtes Rodeland nieder. Die Brandursache ist noch unbekannt. — Am gleichen Tage fiel in Waldau im hiesigen Kreise die dem Kaufmann Lorenz in Liegnitz gehörige große Scheune einem Brande zum Opfer. Es verbrannte unter anderem eine Dreschmaschine mit Motor. Es wird Brandstiftung angenommen.

Wilhelm II. in Lüben. Offenbar legt die Stadt Lüben den größten Wert auf Erinnerungen an die Zeit Wilhelms II. Im Steuerbüro hängt sichtbar als „Schönster“ Schmuß ein Familienbild des letzten Wilhelms. Jeder Steuerzahler wird so auf sinnige Weise gerade immer daran, wenn er seine Abgaben für die deutsche „Republik“ entrichtet, in seinem Gedanken an das ehemalige „Kaiserreich“ gefaßt.

Aus dem Riesengebirge

Große öffentliche Versammlung! Massen heraus! Freitag 19 Uhr im „Gerichtskreishaus“, Girischberg-Cunnersdorf, große öffentliche Volksversammlung der KPD. „Was bringt das Wahljahr 1928 der deutschen Arbeiterschaft?“ Referent: Genosse Reim-Breslau. Vertretung, haltet euch diesen Abend frei und sorgt für Massenbesuch!

Herrn Auer ins Stammbuch. In der Nummer 14 der sozialdemokratischen „Volkzeitung“ aus dem Riesengebirge richtet Redakteur Auer Angriffe gegen mich, zu denen ich folgenlos stellen möchte: Ich bin 33 Jahre alt und stehe seit 20 Jahren in der Arbeiterbewegung. Ich war schon eher in der Sozialdemokratie als mancher November-Sozialist. Auer darf auf seine Genossen Mattern und Renke stolz sein. Selbst sozialdemokratische Arbeiter haben sich mit mir unterhalten und haben sich über das Verhalten dieser „Genossen“ in schärfsten Worten geäußert. Sie wollen ihre Konsequenzen ziehen, wenn die beiden wieder bei der nächsten Stadtverordnetenwahl aufgestellt werden. Schließlich ist Herrn Auer noch zu raten, daß er und seine Freunde in die Versammlungen kommen sollen, wo Arbeiter anwesend sind und sich mit uns auseinandersetzen und nicht im Hinterhalt Artikel zu veröffentlichen, um Genossen aus unseren Reihen zu besudeln, die immer noch ehrlich in der Arbeiterbewegung stehen. Pirichle-Girischberg.

Bemerkung: Für den politischen Teil Artur Dombrowski für „Betrieb und Betrieb“ und „Waldenburg“ Wilhelm Bielow für „Breslau“ und die übrigen Kollegen Alfred Boman, Friedrich in Breslau. — Für den oberirdischen Teil Reich Jenzsch, W. L. Klein. Für Interim B. Gebro-Breslau.

Niederschlesien

Görlitz

Heute Donnerstag

20 Uhr, geht alles ins **Konzerthaus** Reichstagsabgeordneter

Gedanke-Berlin spricht!

Spittler.

Auch in diesem Jahre will unser Magistat eifrig danach bestrebt sein, „Görlitz, die Perle der Spitz“, zur Großstadt zu erheben. Es sind schon allerhand Beschleunigungen durchgeföhrt, doch die schönsten kommen noch. So sollen die sich bei Regenwetter bilden den Pfützen auf der Lantz, die sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen, vom Verschönerungsausschuß erhalten werden. Der Verschönerungsausschuß beschloß nämlich, diese herrlichen Seen inmitten der „Großstadt“ durch ein paar Schönlüne beleben zu lassen. Er kommt mit dieser Maßnahme der ärmeren Bevölkerung entgegen, die sich in folge dessen eine Wohnortveränderung erspart. Auch sollen in späterer Zeit, wenn die Mittel dazu vorhanden sind (und dies wird schon einmal werden), einige Röhre angebracht werden, damit die liebe Jugend aus der Luft auf diesen Seen sich austoben kann. Wir begründen diese Schritte auf das herzlichste und wollen nur hoffen, daß es halb wieder regnet, und daß der Magistat nicht etwa auf den Gedanken kommt, die Luft neu zu pflastern. Es ginge uns neben anderem auch die Freude an den dreißigjährigen Reichern und den neuen Häusern verloren.

Heber Magistat! Wir freuen uns auch als Görlitzer Bürger schon auf den nahen Frühling. Dann kommt nämlich die herrliche Zeit, wo auf verschönten Straßen alle grünt und spricht. Dann spielen die Pfaffenpeine unter dem wuchernden Regen — Berst. Hoffentlich sind die Schützen und Jäger schon angekommen, die darauf werden sollen. Wir wollen das Beste hoffen. — Etwas

ganz Schönes steht den Annahmern der Hoherstraße bevor. Durch diese werden im Sommer wieder viele Autos laufen, so daß die Bewohner nicht mehr nötig haben, Gardinen aufzuhängen, da der angewehte Wind und Staub bald natürliche Gardinen aufgestellt haben wird. Also, zurück zur Natur! Ist die Lösung? Man munkelt, daß sich der Magistat mit dem Gedanken beschäftigt, für die Annahmer der Hoherstraße Gasmasken anzuschaffen, um etwaigen Vergiftungserscheinungen vorzubeugen.

D. liebe Leser und Mitbürger von Görlitz! Ihr müßt nicht, was für einem jüdischen Magistat und was für weise Stadtväter ihr habt, die alles tun werden, um euch vor Hebel zu schützen. Doch für heute genug, und ihr könnt euch einmal mit den geplanten Einrichtungen beschäftigen und Verbesserungsvorschläge dem Magistat einreichen.

Wichtig!

Am Sonntag, dem 23.0.10, findet die Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Görlitz statt. Tagungsort: „Felsenkeller“ (Sonnenstraße). Jede Ortsgruppe muß auf dieser Konferenz vertreten sein, da wichtige Tagesordnungen.

Ein Hund überfahren. Auf der Jauerniger Straße, Ecke Lutherstraße, wurde das drei Jahre alte Mädchen des Arbeiters Lindner überfahren.

Tot angefahren. Sonntag in der 21. Stunde wurde in der Wohnung Jitauer Straße 78, eine Frau Bromsowitz tot aufgefunden. Die Todesursache konnte bisher nicht festgestellt werden.

Öffentlicher Kameradschaftsabend in Wiesitz. Am Sonnabend findet im „Viktorgarten“ in Wiesitz ein Kameradschaftsabend des KPD, Ortsgruppe Görlitz, statt. Einlaß 19 Uhr, Anfang 20 Uhr. Gäste willkommen.

222-Frier in Penzig. Sonnabend 20 Uhr findet bei Bläsch im Vereinszimmer eine Einblaucht-Lagerungs-Lager-Gedenkfest statt. Da wir wegen veränderter Schwierigkeiten keine öffentliche Fester veranstalten konnten, so werden wir im engsten Kreise unserer großen Führer gebeten. Mitglieder der KPD, des KPD. und der